

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement - Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,  
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustriertem Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,  
 eingetragene in der Post-Belastungs-  
 Verzeichnisse für 1902 unter Nr. 7878.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montage.

**Die Insertions-Bedingungen**  
 beträgt für die sechsgepostete Kolonne  
 je ober deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gesellschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphische Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 5. März 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

### Die Geschäftsordnung der Zöllner.

In der Reunions-Kommission — wie die zu so ungewöhnlich früher Tageszeit tagende Zolltarif-Kommission genannt wird — ging es am Dienstag wieder etwas stürmisch her. Die Tarifposition 9 (Malz) wurde trotz der eindringlichsten Gegenründe auf 10 M. 25 Pf. für den Doppelcentner im Zoll erhöht. Die Position 10 (unpolierter Reis) wurde auf die nächste Sitzung zurückgestellt. Bei den Positionen 11 und 12 (Hülsenfrüchte: Speisebohnen, Erbsen, Linsen, Futterbohnen, Lupinen, Widen) standen sich wie bei den meisten Positionen 3 Anträge gegenüber: der am höchsten strebende Führer des Bundes der Landwirte, v. Wangenheim, will Erhöhung des Zollsatzes der Regierung, ein Antrag Gothein (fr. Vg.) will Aufrechterhaltung des bestehenden niedrigeren Zolls, ein socialdemokratischer Antrag will Zollfreiheit. v. Wangenheim hatte seinen Antrag begründet, geändert und zurückgezogen. Mollenbuhr wies die Notwendigkeit der Verbilligung der so wichtigen Hülsenfrucht-Nahrung der Arbeiter nach, legte die Notwendigkeit der Zollfreiheit von Futtermitteln im Interesse des kleineren Bauern dar, zeigte, daß eine Zollerhöhung auch bei dieser Position indirekt das Fleisch verteuere. Er predigte tauben Ohren. Bevor der Antrag Gothein begründet werden konnte, erklärte plötzlich der Vorsitzende: es sei ein Schlußantrag eingelaufen, und ließ, ohne auf die Rufe „zur Geschäftsordnung“ zu hören, über diesen abstimmen. Dieses Verfahren war nach vielfachen Richtigungen hin ein geschäftsordnungswidriges und ries stürmischen Protest der Linken hervor. Das Wort hätte zunächst nach § 44 der Geschäftsordnung dem um das Wort zur Geschäftsordnung nachsuchenden erteilt werden müssen; ferner hätte der Antragsteller Gothein unter allen Umständen das Wort erhalten müssen, und endlich hätte der Vorsitzende den Antrag auf Schluß überhaupt nicht zulassen dürfen, da ein solcher für Kommissions-sitzungen nicht zugelassen ist, zumal § 53 der Geschäftsordnung ausdrücklich einen Antrag auf Schluß der Debatte nur zuläßt, wenn mindestens 30 Mitglieder diesen Antrag unterstützen haben. Die Geschäftsordnungs-Debatte ließ dem Vorsitzenden, dem mecklenburgischen Geschäftsführer der Erwerbsgesellschaft „Bund der Landwirte“ darüber keinen Zweifel, daß seine Leitung der Geschäfte in beinahe jedem Augenblick die Geschäftsordnung, die er zu hüten habe, verletze. Der Sitz des Vorsitzenden war fast ständig unbesetzt. Fortdauernd hatte der Vorsitzende sich mit dem im Bunde der Landwirte ihm vorgefetzten Abg. von Wangenheim zu unterhalten. In deutlichster Schärfe wurde ihm bedeutet, daß ein Vorsitzender einer Kommission kein Lausunge des Bundes der Landwirte sei; schon das Wort Vorsitzender müsse ihm klar machen, daß er den Vorsitz zeitweilig abzugeben habe, wenn er das Bedürfnis zu Ausfahrungen, Unterhaltungen oder sonst menschlich begreiflichen Bedürfnissen habe. Schließlich gelangte der Antrag Stadthagen, die Debatte wieder zu eröffnen und dem Abg. Gothein das Wort zur Begründung seines Antrags zu erteilen, zur Annahme. Der Mehrheit war diese Wangenheim-Keitische Art Vergeßlichkeit der Minderheit denn doch ein zu starkes Stück. Keitich legte seinen Vorsitz nicht nieder. Interessant war der Hinweis darauf, daß nach dem Wortlaut u. d. Entstehungsgeschichte der Geschäftsordnung ein Schluß der Debatte in einer Kommission überhaupt unzulässig ist und auch der Antragsteller stets das Wort erhalten muß. Allerdings hat sich in dem letzten Jahrzehnt in einigen Kommissionen der Brauch herausgebildet, Schlußanträge in Kommissionen zuzulassen, verlangt aber die Minderheit ihr Recht, so muß die Geschäftsordnung, die auch zum Schutze der Minderheit da ist, strikte angewendet werden. Legt man die Geschäftsordnung aber noch so weit aus, so darf ein Schlußantrag doch nur dann zugelassen werden, wenn wenigstens 30 Mitglieder den Antrag unterstützen.

Durch solche Versuche der Mehrheit, die Minderheit durch unzulässige Schlußanträge mundtot zu machen, wird die Beratung lediglich hingezögert. Die Stellung von Schlußanträgen zeigt aber ferner, daß auch die um Wangenheim nur so thun, als läge ihnen an der Durchberatung der Vorlage nichts. Aber ihre Absicht wird von Tag zu Tag klarer: erstens nehmen so viel sie kriegen können, und zweitens die zukünftigen Handelsverträge zu vereiteln.

Die blinde Zolltrotz führte übrigens zu einem höchst eigenartigen Antrag und Beschluß. Jederichsaat ist bekanntlich eines der schädlichsten Unkraute. Herr v. Wangenheim beantragte, dieses Unkraut mit höheren Zöllen zu belegen. Die Mehrheit beschloß so und erkannte, da ja der Schutz Zoll dazu dienen soll, die inländische Produktion zu steigern, damit freilich wider ihren Willen, daß sie dem deutschen Bauer möglichst viel eignes Unkraut wünscht.

Als der Vorsitzende der Zolltarif-Kommission die Sitzung am Dienstag um 9 1/4 Uhr eröffnete, waren nur 12 Mitglieder anwesend. Die Verhandlungen wurden fortgesetzt bei der Position „Malz“. Augenblicklich beträgt der Zoll 4 M., die Vorlage schlägt für Malz aus Gerste 6,25 M., für Malz aus andrem Getreide 9 M. per Doppelcentner Rohgewicht vor.

Dazu beantragen:  
 1. Graf Rautz (L.): für Malz aus Gerste 10,25 M., aus andrem Getreide 11 M.  
 2. Herold (C.), Gamp (Rp.) und Schwerin-Röwig (L.): für Malz aus Gerste 10,50 M., aus andrem Getreide 11 M. Außerdem als Anmerkung: „Für Malz ist der Zollsatz durch vertragmäßige Abmachung nicht unter dem anderthalbfachen Betrage des Zolls der Getreideart, aus der das Malz gewonnen ist, unter Hinzurechnung von 1 M. für den Doppelcentner herabzusetzen.“  
 3. Gothein (fr. Vg.): für Malz dieselben Sätze wie Graf Rautz und in der Anmerkung des Antrags Herold statt „1 M.“ nur „0,92 M.“ einzusetzen.  
 4. Stadthagen (Soz.): Malz ist ganz zollfrei zu lassen.

Unterstaatssekretär v. Fischer erklärt, der Berechnung des Zollsatzes für Malz sei erstens das Verhältnis des Gersteverbrauchs zur Malzbereitung von 133 1/3 Kilo zu 100 Kilo, zweitens ein Zuschlag von 92—93 Pfennig für Betriebskosten, sociale Anlagen etc. zu Grunde zu legen. Die durch diesen Zuschlag bedingte Spannung zwischen Malz- und Gerstepreis über den Satz von 93 Pfennig hinaus zu erweitern, sei nicht angängig, wenn nicht die kleineren und mittleren Branereien, die nicht selber mäslen, den größeren gegenüber schwer benachteiligt werden sollen. Im Interesse der Brauindustrie müsse einer Erhöhung des Zollsatzes für Malzereien widersprochen werden. Gegen die Befreiung eines Minimalzolls für Malz sei die Regierung prinzipiell.

Gothein (fr. Vg.): Da die Erhöhung des Gerstenzolls beschlossen sei, müßte in dieser Zwangslage auch der Malzzoll erhöht werden.

Herold (C.) zieht seinen Antrag mit der Anmerkung, wonach ein Minimalzoll eingesetzt werden soll, zurück.  
 Es läßt ein Schlußantrag ein.  
 Stadthagen (Soz.) erklärt zur Geschäftsordnung, daß der socialdemokratische Antrag auf Zollfreiheit für Malz seit drei Monaten vorliege und daß den Antragstellern durch den Schlußantrag das Wort zur Begründung abgeschnitten werde.  
 Gothein (fr. Vg.) hält eine Beschränkung der Diskussion für geschäftsordnungswidrig.

Antick (Soz.) verweist auf § 48 der Geschäftsordnung, der ausdrücklich vorschreibt, daß den Antragstellern das Wort erteilt werden müsse.  
 Herold (C.) meint, daß sich diese Vorschrift nicht auf Abänderungs-, sondern auf Initiativanträge beziehe.  
 Dieser Ansicht wird von verschiedenen Seiten widersprochen. Der Vorsitzende Keitich wünscht jetzt keine prinzipielle Entscheidung über diese Frage herbeizuführen und gibt Stadthagen zur Begründung des socialdemokratischen Antrages das Wort. Stadthagen belämpft den Malzzoll, der die kleinen Brauer und Konsumenten treffe und das Bier verteuere.  
 In der Abstimmung wird der Antrag Rautz angenommen. Die übrigen Anträge fallen damit.

Die Beratung der Pos. 10 (unpolierter Reis) wird ausgesetzt, sie soll morgen zusammen mit der Pos. 161 (polierter Reis) beraten werden.  
 Die Positionen 11 und 12 (Hülsenfrüchte) werden zusammen beraten. Für Speisebohnen, Erbsen, Linsen (Pos. 11) ist ein Zollsatz von 4 M., für Futterbohnen, Lupinen, Widen (Pos. 12) ein Zollsatz von 2,50 M. vorgeschlagen. Für Hülsenfrüchte in Stroh ist die Hälfte des Zolls der betreffenden Arten zu entrichten. Nach dem bisherigen Tarif waren die beiden Gruppen vereint und der Vertragssatz auf 1,50 M., der allgemeine Zollsatz auf 2 M. bemessen.  
 Ringen (C.) berichtet über die vorliegenden Petitionen.  
 Dr. Müller-Reinigen (fr. Vp.) beantragt den Zoll auf Speisebohnen auf 2 M. zu erniedrigen.  
 Herr v. Wangenheim (L.) beantragt die Positionen 11 und 12 zusammenzusetzen und auch für Futterbohnen, Lupinen, Widen statt 2,50 M. 4 M. einzusetzen.  
 Vorsitzender Keitich erklärt die Diskussion für geschlossen, da sich niemand zum Wort gemeldet habe. Dagegen protestieren die Abgg. Müller-Reinigen, Mollenbuhr und Gothein, die sich sämtlich gemeldet haben.

Der Vorsitzende erklärt, die Meldungen nicht gehört zu haben.  
 Dr. Müller-Reinigen begründet seinen Antrag. Edle Sojabohnen werden als Speisebohnen verwendet, der Wert der Bohne teure erst beim Kochen hervor und sei beim Rohprodukt nicht erkennbar. Die Bohnen seien ein wichtiges Nahrungsmittel; würden sie verteuert, so schädige man die Ernährung des Volkes. Redner beantragt weiter, auch für die Position 12 einen Satz von 2,00 M. statt 2,50 M. zu wählen. Lupinen und Widen seien für den kleinen Landwirt als sehr stickstoffhaltige Futtermittel von besonderer Bedeutung.  
 Ministerialdirektor Wermuth hält es handelspolitisch für unpraktisch, die Positionen 11 und 12 wieder zusammenzufassen und mit einem Zoll von 4 Mark zu belegen, wie der Antrag Wangenheim vorschlägt. Auch lasse es sich nicht rechtfertigen, für Lupinen einen Zoll von 4 Mark einzusetzen.  
 Mollenbuhr (Soz.) verlangt die Zollfreiheit für Hülsenfrüchte. Ihre Verteuerung durch den Zoll bedeute Verschlechterung der Ernährung. Das Inland könne den Bedarf nicht decken, da die Qualität sich mit dem dauernden Anbau auf derselben Fläche verschlechtert. Auch die Futtermittel verteilten eine erhöhte Verzollung nicht. Die Kleinbauern seien auf den Ankauf angewiesen. Die Lupinen machen den Boden ertragsfähig. Bei Verteuerung der Einfuhr werden die Kleinwirte geschädigt.  
 Herr v. Wangenheim (L.) zieht seinen Antrag auf Zusammenziehung der Positionen 11 und 12 zurück, beantragt aber bei Position 12 einen Zollsatz von 4 M. einzusetzen.

Dr. Müller-Reinigen beantragt Schluß der Debatte.  
 Gothein (fr. Vg.) konstatiert zur Geschäftsordnung, daß er als Antragsteller nicht das Wort erhalten habe.  
 Vorsitzender Keitich erklärt, die Wortmeldung überhört zu haben und erteilt zunächst Gothein das Wort.  
 Bevor Gothein beginnen kann, ruft v. Wangenheim (L.): „Nein!“  
 Der Vorsitzende läßt nunmehr die Abstimmung über den Schlußantrag vornehmen.  
 Stadthagen meldet sich zur Geschäftsordnung. Vorsitzender Keitich ruft: Raß der Abstimmung. Die Abstimmung ergibt die Annahme des Schlußantrags.  
 Ueber die Zulässigkeit des Verfahrens des Vorsitzenden entspinnt sich nun eine einstündige Geschäftsordnungs-Debatte.  
 Stadthagen (Soz.) hält das Verfahren für geschäftsordnungswidrig. Dem Abg. Gothein sei das Wort bereits erteilt gewesen.  
 Antick (Soz.) konstatiert, daß der Vorsitzende geschäftsordnungswidrig dem Abg. Stadthagen das Wort zur Geschäftsordnung verweigert habe.  
 v. Kardorff (Rp.) verteidigt die Geschäftsführung des Vorsitzenden.  
 Müller-Reinigen: Die Kommission hat den Eindruck, daß ein anderer als der Vorsitzende die Verhandlungen leitet.  
 Gamp (Rp.) giebt ein Versprechen zu. Die erste Wortmeldung sei überhört worden. Dann sei das Wort Herrn Gothein nicht gegeben worden, weil Widerspruch erhoben worden sei. Eine Rechtsverletzung liege nicht vor. An sich sei es ja völlig überflüssig, noch zu Anträgen zu reden, wo die Mehrheit sich einig sei, wie sie stimmen wolle.  
 Stadthagen widerspricht dieser Anschauung entschieden. Schlußanträge in der Kommission seien unzulässig, bevor die Mitglieder ihre Ansicht geäußert haben. In der Kommission könne die Minderheit nicht vergewaltigt werden. Für die Kommission gelte die Geschäftsordnung des Hauses. Danach aber sei die Abstimmung über einen Schlußantrag nur zulässig, wenn derselbe von 30 Mitgliedern unterstützt werde. Hieraus gehe ohne weiteres hervor, daß Schlußanträge in der Kommission überhaupt nicht gestellt werden können.  
 Der Vorsitzende berät inzwischen wieder mit v. Wangenheim.  
 Antick (Soz.): Er habe den Eindruck, daß Abg. v. Wangenheim den Vorsitzenden zu seinem eigenartigen Vorgehen verleitet habe. Gothein habe zur richtigen Zeit um das Wort gebeten und Keitich habe es ihm auf den Einspruch Wangenheims nicht erteilt. Er protestiere dagegen, daß sich der Vorsitzende von dem Bunde der Landwirte beeinflussen lasse.  
 Herold (C.) will die Minorität soweit wie möglich zu Worte kommen lassen, jedoch müsse sich die Majorität das Recht vorbehalten, Schlußanträge zu stellen.  
 Müller-Sagan (fr. Vp.): Es sei ihm in seiner Kommission begegnet, daß der Vorsitzende während der Sitzung, wie er heute gezählt habe, einmal seinen Platz verlassen habe, ohne den Vorsitz an seinen Stellvertreter abzugeben, um sich mit Mitgliedern zu beraten. Daher seien die Wortmeldungen überhört worden. Dieses Hin- und Herlaufen des Vorsitzenden könne den Schein erwecken, daß er nicht Präsident der Kommission, sondern Galopin des Bundes der Landwirte sei. Er beantrage, daß ein Mitglied der Kommission zur Führung der Rednerliste gewählt werde. Anträge der Minorität können ebenso wie Anträge der Majorität von der Regierung angenommen werden. Sie müßten also erörtert werden.  
 Vorsitzender Keitich teilt mit, daß er mit Wangenheim nur gesprochen habe, um diesen zur Zurückziehung seines Antrags zu veranlassen.  
 Gothein stellt fest, daß der Vorsitzende nicht gesagt habe, er wolle ihm noch das Wort geben, wenn keiner widerspreche, sondern daß er ihm das Wort bereits erteilt habe und dann erst auf Intervention Wangenheims die Abstimmung über den Schlußantrag vorgenommen habe.  
 Stadthagen (Soz.): weist auf die Entstehung der Geschäftsordnung hin. Damals habe man davon Abstand genommen, die englische Geschäftsordnung einzuführen, die einen Schlußantrag nicht kennt, weil man sich sagte, die Hauptberatung solle in den Kommissionen stattfinden. Da man Schlußanträge im Plenum mit dem Hinweis darauf begründet, daß die Verhandlungen in der Kommission gründlich sein würden, wird zugegeben, daß in den Kommissionen Schlußanträge unzulässig sind. Wir verlangen, daß die Geschäftsordnung beachtet wird. Wir würden gegen den ganzen Bericht protestieren, wenn hier Beschlüsse nur durch Verstoß gegen die Geschäftsordnung zu stande kommen.  
 Vorsitzender Keitich: Die Geschäftsordnung des Plenums gilt auch für die Kommission, aber gewisse Abänderungen sind notwendig. Er bitte, die Sache dem Präsidenten vorzutragen zu dürfen, damit dieser die Entscheidung treffe.  
 Zunächst läßt der Vorsitzende über den Antrag Müller, einen Führer der Rednerliste zu ernennen, abstimmen. Der Antrag wird abgelehnt.  
 Stadthagen: In der Geschäftsordnung steht nicht, daß der Präsident in solchen Fällen die Entscheidung hat. Wir säßen uns auf die Geschäftsordnung. Will man Schlußanträge in der Kommission stellen, dann möge man beantragen, daß die Zahl der Kommissionsmitglieder auf 50 vermehrt werde. So lange Schlußanträge nicht von 30 Mitgliedern unterstützt sind, ist die Abstimmung darüber unzulässig. Der Vorsitzende ist auch dazu da, die Rechte der Minderheit zu schützen. Die Mehrheit hat die Minderheit in bloßer unerhörter Weise vergewaltigt. Wenn der Vorsitzende seinen Platz verläßt, müssen die Verhandlungen unterbrochen werden.  
 Antick stellt fest, daß der Vorsitzende auch in unzulässiger Weise eben wieder über den Antrag Müller habe abstimmen lassen. Es

waren drei Redner gemeldet, der Vorsitzende aber habe selber ge-  
redet und damit sofort abstimmen lassen.

**Müller-Sagan** will den Abg. Reichlich nicht in seiner Bewegungs-  
freiheit beschränken, von dem Vorsitzenden Reichlich aber müsse verlangt  
werden, daß er auf dem Plage bleibe.

**Stadthagen:** Die Minderheit muß auf ihrem Rechte beharren  
und sich unter den Schutz der Geschäftsordnung stellen. Es ist an-  
zunehmen, daß der **Präsident Graf Vallerstrom** Anträge, die  
geschäftsordnungswidrig behandelte Positionen wieder in die  
Kommission verweisen wollen, zustimmen wird.

**Spahn** glaubt, daß Schlusstränge von der Mehrheit der Kom-  
mission beschlossen werden können. Die Geschäftsordnung findet auf  
Kommissionsverhandlungen nur entsprechende Anwendung und daher  
find die Ziffern für die Plenarberatung nicht für die Kommissions-  
beratungen maßgebend.

Die Geschäftsordnungs-Debatte schließt mit der **Annahme** eines  
**Antrages Stadthagen**, die Debatte über die Positionen 11 und 12  
wieder zu eröffnen und dem Abg. **Gothein** das Wort zu erteilen  
mit 14 gegen 9 Stimmen.

**Gothein** bestreitet, daß die Landwirte Vorteil von der Zoll-  
erhöhung auf Futterbohnen hätten. Die Landwirte seien gezwungen,  
Lupinen zu kaufen, um Düngemittel zu haben.

Bei der Abstimmung wird der Antrag **Wangenheim** abgelehnt  
und die **Regierungsvorlage**, Speisebohnen 4 M., Futterbohnen zc.  
2,50 M. **angenommen**. Damit ist der Antrag **Müller-Reinings**  
abgelehnt. Ebenso wird die **Anmerkung** angenommen.

Die Positionen 13—22 umfassen die „**Delstrücker und Säme-  
reien**“; sie haben folgende gemeinsame Anmerkung: „Sämereien  
zur Gewinnung stichtiger (ätherischer) Öle können auf Erlaubnis-  
schein unter Nebertwachung zollfrei abgelassen werden.“ Position 13:  
**Raps und Rübsen**, Dotter, Delstrücker-Saat, Senf, trägt einen Zollfuß  
von 8 M. (bisheriger Zollfuß 2 M.).

Position 14: **Mohn**, auch reife Mohnkörner, Sonnenblumensamen,  
Malsamen, Federichsaat, Erdmandeln, Erdnüsse, Sesam, Weizenmehl,  
Buchweizen, Kaffeesamen, Lorbeer und Rigerisamen behält den bis-  
herigen Zollfuß von 2 M. bei.

Die Positionen 18 und 14 wurden in der Debatte zusammen-  
gezogen.

**Herr v. Wangenheim** beantragt, Federichsaat aus Position 14  
in Position 13 zu stellen und 5 M. Zoll für Position 13 vorzuschlagen.

**Gothein** (fr. Bg.) beantragt, es bei Position 13 bei dem bis-  
herigen Zollfuß von 2 M. zu lassen.

**Herr v. Wangenheim** (L.): Federich ist ein minderwertiges  
Zutrittmittel, eigentlich ein Unkraut, dessen Anbau durch höheren Zoll  
verhindert werden muß. Für Raps und Rübsen verlangen die Land-  
wirte einen höheren Zoll, der ihnen bewilligt werden muß, weil die  
Zuckerernte so schlecht im Preise steht.

**Stadthagen** (Soz.): Es ist neu, daß man mit Zöllen das  
Unkraut bekämpft. Redner begründet den sozialdemokratischen Antrag,  
für Positionen 13 und 14 Zollfreiheit zu gewähren. Man könnte es  
freilich verstehen, daß die Gegner von ihrem Standpunkt aus die  
einheimischen Vorbeeren schützen wollen.

Staatssekretär **Graf Posadowsky** bekämpft den Antrag auf  
Erhöhung des Zolls für Position 13 auf 5 M.

Bei der Abstimmung wird unter Ablehnung aller übrigen An-  
träge der Antrag **Wangenheim** angenommen, der den Zoll-  
fuß für die Position 13 von 8 auf 5 M. erhöht und Federich in  
diese Position einstellt.

Nächste Sitzung Mittwoch 9 Uhr.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. März.

### Der Reichstag

bewilligte heute zunächst debattelos in zwei Lesungen den  
zweiten Nachtrags-Etat, der ein Drittel Millionen  
Mark als Beihilfen für Kriegsteilnehmer fordert, und setzte  
dann die Debatte über den Etat des Auswärtigen  
Amtes fort.

Wohl oder übel mußten heute die bürgerlichen Parteien  
zu unsrer Resolution Stellung nehmen, die die Zurücksendung  
der Pekinger astronomischen Instrumente nach China fordert.  
Was wir gestern voraussetzten, traf ein: keiner der  
Redner hatte den Mut, unsrem Verlangen zuzu-  
stimmen, und bei der Abstimmung erhoben sich außer den  
Socialdemokraten nur die beiden anwesenden Abgeordneten  
der süddeutschen Volkspartei und der freisinnige Abg. **Mundel**  
für die Resolution. Mäglischer noch als dies Abstimmungs-  
resultat war die Begründung, die die bürgerlichen Parteien  
für ihr Verhalten angingen. In gewundenen Sätzen  
suchten sie ihr Gewissen zu salbieren, bemängelten sie die  
Fassung unsrer Resolution oder machten sich die unsterbliche  
Aeufierung des Grafen **Witlow** von der Rücksicht auf die  
Empfindlichkeiten der Kaiserin-Lante von China zu eigen. Unser  
Genosse **Ledebour** sah mit Recht in dieser Einmütigkeit ein  
interessantes Symptom für die moralische Begriffsverwirrung, die  
die imperialistische Weltpolitik in diesen bourgeoisen Gemütern  
bereits angerichtet hat. Nirgends mehr der Mut zu den  
Konsequenzen der Wahrheit und des internationalen Anstandes,  
und überall eine erschreckende Anpassungsfähigkeit an jene  
Korruptionsstimme, für deren Züchtung sich die Mehrheit  
des Reichstages erst im Fall **Lirpitz** ein so glänzendes  
Zeugnis ausgestellt hat!

Dem Kämpfen der Reichspartei, Herrn von **Kar-  
dorff**, postierte bei seiner Polemik, die er sich gegen  
**Gradnauer** und **Ledebour** leistete, noch ein ganz besonderes  
Malheur, indem er sich für seine Behauptung, die Social-  
demokratie habe 1878 zur Bismarckschen Schutzpolitik  
einen andern Standpunkt eingenommen als zur heutigen  
Zolltarif-Vorlage, auf einen Artikel des damals in Berlin  
erscheinenden sozialdemokratischen Organs „**Freie Presse**“ be-  
rief. Herr v. **Kardorff** würde diese Ausgrabung wahrschein-  
lich unterlassen haben, wenn er gewußt hätte, daß der Ver-  
fasser dieses Artikels **Johann Most** war, der spätere  
Anarchist und Herausgeber der „**Freiheit**“, der schon damals  
speziell in Zollfragen eine Ausnahmestellung innerhalb unsrer  
Partei einnahm.

Den Abg. **Fürsten Bismarck**, den Sohn des ersten  
deutschen Reichskanzlers, schien das Wühlen in alten Reminiscenzen  
in eine besonders behagliche Stimmung zu versetzen. Er stieg tief  
hinab in die unterirdischen Gänge der diplomatischen Botschaft,  
um seine Antichambre-Bosheiten — nicht gegen einen lebenden  
Staatsmann, sondern gegen den über das Grab hinaus ge-  
hährten Caprioli zu richten. Was er aus den Soupergesprächen  
österreichischer Unterhändler ausplauderte, das ergänzte alsbald  
Herr **Liebermann von Sonnenberg**, dieser Bundes-  
genossenschaft froh, aus dem Eisenbahngeträtz eines ange-  
blichen russischen Staatsrates.

Auch in der Boerenfrage erlitt der Bierbrot-  
Enthusiasmus der bürgerlichen Parteien ein totales Fiasko.  
Jetzt, wo die Socialdemokratie mit positiven  
Forderungen kommt, wollen die diplomatisierenden Herrlein auf  
einmal nichts gesagt haben und tadeln schüchtern

höchstens nur noch — die Pferde-Einkäufe in Ost-  
preußen für England. Besonders markant war der Rückzug  
des **Alteutschen Dr. Gasse**, der immer am lautesten ge-  
schrien hat.

Gegenüber so viel Inkonsequenz und Selbstentwürdigung  
war es unsren Genossen **Dr. Gradnauer** und **Ledebour**  
ein leichtes, noch einmal in keinem Punkte erschütterten  
socialdemokratischen Forderungen in voller Klarheit hin-  
zustellen.

Auch Genosse **Dr. Herzfeld** griff in die Debatte ein  
mit einer sachkundigen Kritik der scheidrichterlichen Wirksam-  
keit der Konsum im Auslande.

Graf **Witlow** zog es heute vor, ganz zu schweigen.  
Er überließ es ruhig dem Staatssekretär **Herrn v. Nichthofen**,  
ein paar wenig besagende Erklärungen abzugeben.

Beim Kapitel der **Gesandtschaften** brachte dann **Vebe**  
ein sehr merkwürdigen Fall vor, der geeignet ist, auf die  
Zustände in den preussischen Bezirken an der russischen Grenze  
ein schärftendes Licht zu werfen. Es handelt sich um die auf  
russischem Gebiet erfolgte Verhaftung und Einlieferung  
einer in Preußen wohnhaften Frau, deren Mann ange-  
hört in Verkehr mit russischen Socialdemokraten stehen  
soll, sowie um die Verhaftung dieses Mannes, eines  
Schmiedes, durch russische Geheimpolizisten auf preussischem  
Boden! Die Einzelheiten, die **Vebe** vorbrachte, waren so  
krasser Natur, daß dem Staatssekretär **Herrn v. Nicht-  
hofen**, zu dessen persönlicher Kenntnis die Angelegenheit  
bisher nicht gelangt war, nichts andres übrig blieb, als zu  
erklären, er werde den Fall untersuchen lassen und eventuell  
in Petersburg Beschwerde erheben.

Zum Schluß der Sitzung wurde über eine Etatsposition  
von 30 000 M. für die deutsche Kolonialgesellschaft zur Er-  
richtung einer Kunststiftung für Auswanderer debattiert. Die  
Regierungsvorlage wollte diese Summe als dauernde Aus-  
gabe betrachtet wissen, die Kommission will sie vorläufig nur  
für dies eine Mal bewilligen. **Vebe** wies darauf hin, daß  
beides im Grunde auf dasselbe hinauskomme, und bekämpfte  
die Bewilligung in jeder Form. Ein Beschluß darüber wurde  
noch nicht gefaßt.

Morgen wird die Debatte fortgesetzt. Außerdem: Kolonial-  
etat und ostafrikanische Centralbahn. —

### Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat am Dienstag die zweite  
Lesung des Etats des Ministeriums des Innern beendet.  
In der Debatte gab es nur wenig bemerkenswerte Momente.  
Abg. **Dr. Wiemer** (fr. Bp.) brachte die neue Äußerung  
des Ministers betr. die Zulassung von Frauen zu politischen  
Vereinsversammlungen zur Sprache. Minister **Freiherr  
v. Hammerstein** antwortete. Wir würdigen seine Äuße-  
rungen an anderer Stelle.

Bei der Beratung des Kapitels „**Strafanstaltsverwaltung**“  
ergriff der Minister die Gelegenheit, den kürzlich gegen unsren  
Genossen **Bredendek** erhobenen Vorwurf, er sei nur ein  
Scheindichter, auf Grund ihm inzwischen von **Bredendek**  
zugegangenen Materials zurückzunehmen. Allerdings äußerte  
er sich über die Fesselung unsres Genossen nicht. Seine  
Bemerkung, im Reichstage seien häßliche Angriffe gegen  
ihn gerichtet, zog ihm eine indirekte Rüge des Präsi-  
dents zu.

Die meisten Kapitel des Etats, darunter auch die  
Forderung von 300 000 M. für geheime Ausgaben im  
Interesse der Polizei, wurden debattellos genehmigt. Wären  
die Freisinnigen Männer, die wirklich für die Interessen der  
Gesamtheit eintreten, so hätten sie hier den Fall **Wafewitz**  
vorbringen und diese Forderung mit Rücksicht auf die dadurch  
bewirkte systematische Züchtung von Polizeispitzeln rundweg  
ablehnen müssen.

Nach Erledigung des Etats des Ministeriums des Innern  
trat das Haus in die Beratung des Kultus-Etats, die  
programmatisch durch eine lange Rede des Centrums-Ab-  
geordneten **Dauzenberg** gegen die Weltlichkeit der Volks-  
schule eingeleitet wurde.

Mittwoch wird die Beratung des Kultus-Etats fort-  
gesetzt. —

### Willkür statt Recht.

Am Dienstag ist der neue Polizeiminister v. **Hammerstein**  
im preussischen Abgeordnetenhaus infolge einer Anfrage des  
Abg. **Wiemer** auf die Frage der Zulassung von Frauen zu  
politischen Vereinsversammlungen zurückgekommen.  
Während er in seiner ersten vielerdeuteten Erklärung die Meinung  
klar ausgesprochen hatte, daß Frauen als Zuhörerinnen an den  
Vereinsversammlungen teilnehmen könnten, widerrief der Herr jetzt  
seine Erklärung, indem er folgende Ausführungen zum besten gab.

„Ich möchte doch dem Mißverständnis entgegenreten, als ob  
es mir bei jener Äußerung in den Sinn gekommen wäre, an  
einem Gesez und dessen Auslegung durch die dazu berufenen  
höchsten Gerichte irgend etwas zu ändern. Meine Absicht  
bestand nur darin, zu erklären, daß was bisher schon in einzelnen  
Fällen der Fall gewesen ist, auch in Zukunft der Fall sein wird  
und daß ich sogar gern dazu die Hand bieten würde, in dazu  
geeigneten Fällen in Versammlungen, einerlei, von welcher  
Partei diese Versammlung nun ins Leben gerufen ist,  
dahin zu wirken, daß von einer polizeilichen Aufsicht  
entweder abgesehen oder diese polizeiliche Aufsicht auf die For-  
matten des Gesezes, über welche sich die Gerichte noch nicht  
endgültig ausgesprochen haben — das ist aber die Art der Zu-  
lassung der Frauen —, beschränkt wird, daß darin also in ein-  
zelnen Fällen den Antragstellern so weit wie möglich ent-  
gegengekommen wird. Das war der Sinn meiner Worte. Ich  
glaube, daß diese Worte dazu beitragen werden, etwaige Miß-  
verständnisse zu beseitigen.“

Die spätere Erklärung des Ministers war gar nicht miß-  
verständlich; seine jetzige Äußerung wäre äußerlich völlig unverständ-  
lich und sinnlos, wenn man nicht wüßte, was er in Wirklichkeit meint.

Hinter dem verschlungenen Wort-Wirrwort steckt nichts andres  
als der Rückzug auf den schönen Rechtsgrundsatz des Kollegen von  
der Justiz: Wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht  
dasselbe.

Der Minister überläßt es der Willkür der Polizei, ob Er-  
leichterungen des Vereinsrechts zugelassen werden sollen. Der Bund  
der Landwirte darf auch künftig in seine Vereinsversammlungen  
Frauen bringen. Socialdemokraten werden von dieser Erleichterung  
ausgeschlossen werden. Daß der Minister verspricht, daß diese  
polizeiliche Handhabung des Gesezes allen Parteien zu gute  
kommen solle, ändert nichts an der Thatsache, daß die Social-  
demokratie anders behandelt werden wird, wie die „staatsbehaltenden“  
Parteien; denn nur „in geeigneten Fällen“ soll Entgegengommen  
geeignet werden; socialdemokratische Versammlungen aber werden  
eben stets „ungeeignet“ erscheinen.

Mit dieser neuen Erklärung des Ministers ist ein Zustand  
völliger Rechtlosigkeit geschaffen worden. Entweder ist der Minister

der Ansicht, daß seine Theorie von den Zuhörerinnen mit dem Vereins-  
gesez verträglich ist, dann müssen in allen Vereinsversammlungen  
Frauen als Zuhörerinnen berechtigt sein. Oder der Minister glaubt  
jetzt, daß das Vereinsgesez jede Teilnahme von Frauen verbietet,  
dann dürfen nirgends und niemals Frauen bei Versammlungen  
politischer Vereine gebildet werden.

Die Erklärung des Ministers aber wählt einen andren Weg:  
„Wald so — bald so, wie's uns gefaßt.“

Das ist die Aufhebung der Rechtsgleichheit, und damit  
des Rechtsstaates. Das ist der Anarchismus absoluter  
Verwaltungswillkür!

## Deutsches Reich.

### Das Fiasko der Prinzenreise.

Während gestern und heute noch im Reichstage die Regierungs-  
vertreter und die Redner der bürgerlichen Parteien die Bedeutung  
der Prinzenreise begeistert priesen, bringt heute das Blatt, das sich  
selbst der Record byzantinischer Prinzen-Verichterstattung geschlagen  
zu haben wähnte, eine Notiz, die einen ganz auffallenden  
Klagenhammer verrät. Die Notiz, die einem der  
Kabel-Schmieds zugeschrieben wird, die aber ansieht, als  
habe sie in Berlin eine sorgfältige Uebersetzung erfahren,  
besagt sich mit heftigem Unmut über die krankende  
Nachlässigkeit, mit der von der amerikanischen Presse  
die Prinzenreise behandelt werde. Da im übrigen wieder eine Flut  
von Telegrammen eingegangen ist, in der die Botschaft des Prinzen  
als eine wahre Triumphreise geschildert wird, so muß die Haltung  
der Presse in der That eine geradezu verkehrende sein. Der  
Schmerzergreuz lautete:

Wenn es auch richtig ist, daß die hiesige Presse über  
die Prinzenreise wenig und dies an wenig hervorragender  
Stelle bringt, so trägt doch auch wesentlich das Princip hierzu  
bei, Dinge, die nicht mehr das aktuellste Tagesinteresse bean-  
spruchen, stets beiläufig zu behandeln. Zweifellos werden  
denjenigen, welche die Teilnahme an dem Presse-  
bankett der Staatszeitung ablehnten oder  
nur mit innerer Reserve daran teilnahmen,  
die Bedeutung der Reise weiterhin abzuschwächen suchen, aber  
es kann auch jeden Tag wieder eine andre Parole aus-  
gegeben werden. In politischen Kreisen außerhalb der Presse steht  
man genau so wie zuvor zu der Prinzenreise, daß heißt mit  
abwartender Sympathie, deren Befestigung durch  
den Fall des Prinzen, auch nicht durch  
häßlichen Klatsch von gewisser Seite erschüttert  
werden kann. In diesen speziell amerikanischen Kreisen  
herrscht allerdings häufig die Ansicht, daß vielleicht ein bedeu-  
tenderer Anlaß zu der Prinzenreise hätte gewählt werden  
können. Zumeist verstehen sie nicht, daß weit mehr als  
ephemere Folgen resultieren werden. Sie betrachten sich selbst  
verständlich als den gesuchten und gebenden Teil, erkennen aber  
genug ihren eignen Vorteil, um ihrer Rolle nicht abhold zu sein.  
Das zweifelhafte Ergebnis der ganzen Prinzenreise wird ein  
doppeltes sein: eine Stärkung der Gefühle der amerikanischen  
Deutschen für den Zusammenhang mit der alten  
Heimat und untereinander bis tief in die Unions-  
Staaten hinein, sowie eine deutliche und deshalb erprobliche  
Scheidung jener amerikanischen Elemente, die zu einem  
dauernden Einvernehmen mit Deutschland in Wirt-  
schafts- und Weltpolitik geneigt sind, und denen,  
die es nicht sind. Mehr konnte von der Reise auch  
nicht erwartet werden.“

Das klingt ganz anders, als die lindischen Fabeln von der  
Zubestimmung Americas. Wenn die amerikanische Presse, die ja  
zum großen Teil eine Sensationspresse im Stile des **Scherblattes**  
ist, die Prinzenreise nicht mehr für wert hält, journalistisch aus-  
geschlachtet zu werden, so muß in ihrem Lezterreise auch gar  
kein Bedürfnis für eine solche Berichterstattung vorhanden  
sein. Und wie sollte das auch der Fall sein? Ist es doch schon  
ein psychologisches Rätsel, wie sich selbst ein durch die **Welt-  
Anzeiger** und des **Berliner Tageblatt** systematisch ver-  
blödetes deutsches Publikum wochenlang den unmaßlichen Tratsch  
einer solchen Berichterstattung gefallen lassen kann!

Aber der **Kabel-Schmied** beschwert sich ja nicht nur darüber, daß  
die amerikanische Presse die Botschaft des Prinzen ignoriert,  
er entrüstet sich auch gegen die Veruche, die Prinzenreise „abzu-  
schwächen“, er spricht aus von dem „häßlichen Klatsch“  
gewisser Kreise. Das „**Hohenzollernwetter**“ scheint also  
auch in der Presse gründlich umgeschlagen zu sein!  
Ferner: selbst die der Prinzenreise mit „abwarten-  
der Sympathie“ gegenüberstehenden politischen  
Kreise (außerhalb der Presse) geben bereits der  
Aussicht Ausdruck, daß zur Reise ein bedeutenderer Anlaß  
hätte gewählt werden sollen. Das heißt: man begreift selbst in diesen  
Kreisen nicht, wozu denn die ganze Geschichte dienen  
soll. Selbst die Gemüthlichkeit, sich als den „gesuchten“ Teil  
betrachten zu können, hindert also diese Kreise nicht, über das outrierte  
Freundschaftsanerbieten Deutschlands die Köpfe zu zucken.  
Der **Jankee** ist eben das, was Herr v. **Witlow** gar so gern scheinen  
möchte: ein nächster Realpolitiker, der die europäische  
Romantik überlegen belächelt. Möglich, daß die politischen Kreise  
Americas am Anfang glaubten, daß der Prinz schließlich doch noch mit  
irgend einer geheimen Mission betraut sei. Da sich nun aber die  
Reise als pure Spazierfahrt mit Ovationshindernissen entpuppt, sucht  
man seine fröhliche Zurückhaltung nicht länger zu verhehlen. Die **Witlow**-  
fleiß-Fabrikanten und Industriekönige vernichten an der Sache den  
materiellen Hintergrund und sind infolgedessen nunmehr ostentativ  
zugeschnitten. Das, was das **Scherblatt** für einen beachtlichen  
Haupt-Erfolg der Prinzenreise erklärt: die Festigung des  
Stammesgefühls bei den Deutsch-Amerikanern,  
kam den **Jankees** natürlich ganz und gar nicht in den  
Kram, ebenso wenig, wie es Deutschland behagen würde,  
wenn ein französischer Staatsmann die Reichslande  
bereite, um sich dort Ovationen bereiten zu lassen.

Alles in allem: Die Prinzenreise scheint sich noch als voll-  
ständiges Fiasko entpuppen und nicht nur keinen Nutzen,  
sondern noch Verstimung hervorzurufen zu sollen! —

Das Zustandekommen der **Brüsseler Unterkonvention** wird  
durch das eigentümliche Verhalten der deutschen Unterhändler ver-  
zögert. Die „**Voss. Ztg.**“ berichtet darüber aus **Brüssel**:

Alle Vertreter waren bereits im Besitze der Vollmachten ihrer  
Regierungen, nur die deutschen Vertreter nicht, welche erklärten,  
sie könnten erst 1904 als den Beginn der neuen Bestimmungen an-  
nehmen, was vorher Oesterreich verlangt hatte, während ein  
Verlangen Deutschlands 1903 festgesetzt worden war. Die  
englischen Vertreter erklärten aber das Uebereinkommen als  
unabänderlich. In der Abend Sitzung schränkten allerdings die  
deutschen Vertreter ihre Erklärung ein, indem sie mitteilten, daß sie  
im Princip dem Uebereinkommen zustimmen, aber einige kleine  
Änderungen verlangen und nach Berlin reisen müssen, um neue  
Instruktionen einzuholen. Der deutsche Delegierte **Rörner** reiste auch  
abends nach Berlin ab. Die Veränderung in der Haltung der deutschen  
Vertreter erklärt man hier damit, Deutschland habe nur in der Vor-  
ansetzung Oesterreich werde 1903 nicht annehmen, für diesen Termin  
gestimmt.

Sollten die Nachaktionen des deutschen Judentums den pflög-  
lichen Unfall der deutschen Vertreter veranlaßt haben und sollte die Zu-  
verlässigkeit und die Festigkeit der deutschen Politik ist auch dies Ver-  
halten sehr bezeichnend, das sicherlich nicht dazu beitragen wird, den  
Kredit deutscher Unterhändler zu steigern. —

Der **Zollrückzug des Centrums**. Wir warnten kürzlich davor,  
daß die Zollopposition sich durch den scheinbaren Widerstand der  
Kompromißmehrheit gegen den Zolltarif der Regierung beirren lasse;

die wirkliche Gefahr sei nach wie vor die Regierungsvorlage, nicht die Ueberzählerei.

Heute bereits giebt die katholische „Germania“ das Spiel auf. Sie erklärt ganz gemüthlich: „Der Kompromis einer relativ schon wachen Mehrheit unter sich konnte nur die Bedeutung einer Willensäußerung haben, auf einen durchschlagenden Erfolg dürfte er im Voraus nicht rechnen.“

Jetzt müsse man diese bloße „Willensäußerung“ fallen lassen und sich schleunigt mit der Regierung verständigen. Es werde zwar die Aussicht ausgesprochen, man müsse durch recht zahlreiche Erhöhungen im Tarif gegenüber den verbündeten Regierungen „Kompensationsobjekte“ schaffen, die „Germania“ hält diese Idee jedoch für keine glückliche, sondern glaubt „auf Grund maßgebender Aeußerungen“ eher das Gegenteil annehmen zu dürfen.

Man wird sich also nach all den stolzen Worten verständigen auf — die Regierungsvorlage, die zu Fall zu bringen Aufgabe der Jollopopposition ist. —

**Eine agrarische Wahrheit.** Bei den Verhandlungen der hiesigen Kammer über die Getreidezölle entschloß sich der hochachtbare Dr. Heim die Aeußerung: der Jolltarif der Regierung „sei auf den Leib des Großgrundbesitzes direkt zugeschnitten“.

Stimmt! Das haben wir Sozialdemokraten immer gesagt. Herr Dr. Heim aber war es, der unsere Anschauung im Reichstag mit all seiner demagogischen Beweglichkeit bekämpfte. —

**Die Kommission für Arbeiterstatistik** ist zum 13. d. M. zu einer Sitzung zusammenberufen, um den Fragebogen für die Erhebungen über das Fleischergewerbe endgültig festzustellen. Ferner sollen die Erhebungen über die Arbeitszeit der im Fuhr- und Erls-Gewerbe beschäftigten Personen vorbereitet werden, und schließlich soll die Kommission auch die Erhebungen über die tägliche Arbeitszeit der in der Binnenschiffahrt beschäftigten Personen vorbereiten. —

### Eine Strafbeförderung.

Der Ministerialdirektor im Kultusministerium Dr. Kögler ist zum Präsidenten des Ober-Verwaltungsgerichts ernannt worden. Diese scheinbare Beförderung bedeutet ein Opfer an die liberal-agrarische Bundesgenossenschaft. Mit seiner Entfernung aus dem Kultusministerium wird diese Stätte der Unfreiheit des Geistes von dem letzten stützenden Element gereinigt.

Herr Kögler gehörte zu den liberalen Geheimräten im alten Sinne, denen es erst mit ihrem Liberalismus war. Er war deshalb sowohl dem Centrum wie den Konservativen tödlich verhaßt. Unvergessen ist es, wie tapfer und energisch er einmal zum Schreden seines Chefs, des verstorbenen Vosse, im Abgeordnetenhaus die Volksschule und die Volksbildung gegen die agrarische Verdummungspolitik verteidigte.

Jetzt muß der Mann gehen. Das hochreaktionäre Ober-Verwaltungsgericht könnte zwar recht gut eine Auffrischung im freirechtlichen Sinne brauchen. Es ist aber sehr fraglich, ob Herr Kögler in dieser Richtung noch einen günstigen Einfluß üben wird. Sicher aber ist, daß sein Nachfolger im Kultusministerium keine Auflehnung gegen den liberal-junkerlichen Geist versuchen wird. —

### Ein weiterer Schulprozeß in Sicht?

Man schreibe uns: Der Kreisinspektoren Kempf aus Pörsch erklärte in Bromberg, daß Kisch ein „tüchtiger Lehrer“ sei. Es ist nur merkwürdig, daß seit wenigen Monaten aus seinem Kreise schon ein zweiter Fall derartiger Kindermißhandlung zum Vorschein kommt.

Mitte Dezember wurde in der polnischen Presse bekannt gemacht, daß ein Lehrer in Rauska bei Pörsch den Anaben Hetmann aus Bendzhitow fürchterlich geprügelt hat, ihn mit dem Knute auf die Bank gedrückt — und daß der Knabe nach 3 oder 4 Tagen verstarb.

Gegen den Lehrer ist eine Untersuchung eingeleitet worden, die noch nicht abgeschlossen ist. Inzwischen hat man aber schon Zeit gefunden, gegen unser polnisches Parteiblatt, die „Kattowitzer „Gazeta Robotnicza“, welche die Nachricht von dem Tode des Kindes mit entsprechenden Bemerkungen abgedruckt hat, eine Untersuchung wegen Verleumdung einzuleiten. Der frühere verantwortliche Redakteur des Blattes, Genosse Morawski-Kattowitz, wurde bereits verantwortlich vernommen. Wir sind begierig, ob die preussischen Behörden den Mut haben werden, es darauf ankommen zu lassen, die preussischen Lehrmannen noch einmal wie in Bromberg vor Gericht erörtern zu sehen. —

**Majestätsbeleidigung und Verzweiflung.** Ein Privattelegraph aus Hamburg meldet uns: Der Arbeiter Schmidt, der während des Winters arbeitslos und zuletzt obdachlos war und hungerte, trat in der Verzweiflung auf der Straße an einen Schuhmann heran, um eine Majestätsbeleidigung anzustellen. Er wurde natürlich sofort verhaftet und heute zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Jetzt braucht er wenigstens nicht mehr zu hungern! —

**Der Beschluß der Jolltarif-Kommission bezüglich Aufhebung des Oktrois** war in der letzten Stadtverordneten-Versammlung in Mainz Gegenstand der Beratung. Es lag ein Antrag vor, der die Bürgermeisterei ersuchte, in Verbindung mit anderen Städten gegen den Beschluß der Jolltarif-Kommission Front zu machen.

Unsere Genossen Dr. Frank, Liedmann und Tiesel widerlegten sich lebhaft diesen Anträge und betonten, daß das Oktroi ungerecht sei, weil es als Kopfsteuer wickle. Die sofortige Aufhebung des Oktrois in allen Städten habe im Anschluß daran zur Folge, daß den Städten von der Regierung eine größere Bewegungsfreiheit der kommunalen Besteuerung gegeben werden müsse.

Gegen den Antrag stimmten die Sozialdemokraten, ein Demokrat und zwei Freisinnige. (Für die Beibehaltung des Oktrois stimmten die Nationalliberalen, Demokraten und Freisinnigen (ca. 26), mit denen zusammen die Sozialdemokraten die „Brotvertreterungsgesellschaft“ des Centrums bei den Stadtverordneten-Wahlen bekämpften. (Zur Redaktion.)

Damit dürfte nun wohl auch die Vernichtung des Herrn v. Gehl über unsre Mainz Genossen in der Jolltarif-Kommission, daß sie für Beibehaltung des Oktrois seien, hinlänglich widerlegt sein.

### Frankreich.

**Walder Rousseau**, der sich vor einigen Tagen infolge Zusammenstoßes seines Wagens mit einem Straßenbahnwagen durch Glasplitter einige Verletzungen zuzog, befindet sich bereits wieder soweit wohl, daß keine ärztlichen Bulletin mehr über sein Befinden veröffentlicht werden. —

## Der Kongreß zu Tours.

Tours, 2. März 1902.

Es sind etwa 70 Delegierte anwesend, die insgesamt 940 politische Gruppen, Gewerkschaften und Genossenschaften vertreten, die in 30 Föderationen und 44 Departements (unter 80) organisiert sind und in den Kammerwahlen von 1898 — 360 000 Stimmen erhalten haben.

Die jetzt bekannt wird, haben sich aus der Partei fünf weitere Departements-Föderationen zurückgezogen, und zwar die von Savoyen und Ober-Savoyen, von Marne, Bar und Loire-Über. — außer den vier vorher ausgetretenen Föderationen von Ain, Jura, Côte d'Or und Bretagne. Die Seine (Paris) ist mit 22 Mandaten vertreten.

Die antiministerialistischen Elemente sind also in noch schwächerer Zahl vertreten, als dies sich bis heute hätte erwarten lassen. Zudem fehlen unter den Delegierten nahezu sämtliche entschiedenerer Gegner des Ministerialismus. Danach scheint der

Kongreß ruhig verlaufen zu sollen, aber diese Ruhe würde nur bedeuten, daß in Tours die ministerialistische Richtung ihren ersten Kongreß ziemlich unter sich abgehalten hat. Es fehlt namentlich, mit Ausnahme des ihr nahestehenden Genossen Revelin, des Hauptberaters des Programmkomitees, die Gruppe der antiministerialistischen Wochenschrift „Mouvement Socialiste“.

Die Stimmgen sind, wie stets auf den früheren drei Kongressen, öffentlich. Das Publikum wird auf Grund einer persönlichen Zutrittskarte zugelassen, der Presse steht der Zutritt vollständig offen.

Erste Sitzung, 3 Uhr nachmittags.

Vorsitz: Clauzel, Redacteur der „Petite République“, Réveillard-Aubane und Frau Elisabeth Renaud.

Franz Vonnobile, Sekretärin der Organisationskommission des Kongresses, erstattet Bericht über die Zusammensetzung des Kongresses und die

### Mandatsprüfung.

Die Delegierten, so führt die Berichterstatterin aus, seien weniger zahlreich als früher, erstens infolge der in Lyon beschlossenen Vertretungsreform (1 Delegierter pro 200 wahlende Mitglieder oder für nicht weniger als 100, ferner 1 Delegierter für 5000 oder nicht weniger als 2000 im ersten Wahlgang vereinigte Stimmen und 1 Delegierter pro Föderation bzw. pro jedes einzelne Departement). Sodann hätten viele junge Föderationen mit Rücksicht auf die Wahlkampagne bloß einen Delegierten geschickt.

In der ausgedehnten Debatte verlangt Lacour-Paris die Aberkennung eines der Pariser Mandate, und zwar des Wahlstimmen-Mandats, das eine neugeborene Gruppe auf Grund der Stimmen des Abg. Clovis Hugues beansprucht. Dieser Abgeordnete sei 1898 als nationalisistischer Kandidat gegen den Redner gewählt worden.

Die Abstimmung über dieses merkwürdige Mandat durch Handaufheben ergibt 34 verwerfende gegen 28 anerkennende Stimmen. Aber das Bureau erklärt das Ergebnis für zweifelhaft. Es wird nun per Handaufschlag abgestimmt, und nun werden 35 Stimmen für das Mandat, 33 gegen dasselbe abgegeben. Das Mandat wird also anerkannt.

Schluß der Sitzung 7 Uhr.

Zweite Sitzung, 9 Uhr abends.

### Programmdebatte.

Man beginnt mit dieser Diskussion, ehe noch die Berichte des Generalkomitees und der Kammerfraktion zur Verhandlung gekommen sind. Einen Referenten giebt es nicht. Als erster Redner spricht

**Gabriel Deville:** In Bezug auf die Prinzipienklärung habe er die wenigsten Vorbehalte zu machen. Erstens vermisst er darin eine Anknüpfung an die Revolution von 1789. Der erste zielbewusste Sozialist, Babeuf, suchte gerade die Erlösung der Menschheit zu verwirklichen. Ja, möchte man anheftig, alle unsre Grundzüge aus der Erklärung der Menschenrechte abzuleiten. In derselben wird von „Freiheit, Eigentum und Sicherheit“ gesprochen. Wofür, um das alles zu sichern, ist der Kollektivismus unumgänglich. Eine derartige Anknüpfung an die Menschenrechte wird uns gegen rechts, gegen die Radikalen abgrenzen, die sich ebenfalls auf die Menschenrechte berufen. Zweitens ist der Satz des Programmkomitees abzuändern, der da lautet: „So spaltet sich in allen industriellen Ländern die Gesellschaft immer mehr und mehr in zwei feindliche Klassen: die Bourgeoisie und das Proletariat.“ Das ist als Thatsache falsch, wie schon Kautsky in einem Artikel über den Mittelstand geschrieben hat, der nach A. im Wachsen begriffen ist. Der Satz des Entwurfs ist richtig nur als Tendenz. Drittens ist der Satz betreffs Ablehnung jeder militärischen Ausgabe durch die Worte zu vervollständigen: „welche sich nicht durch die Landesverteidigung rechtfertigen.“ (Sehr richtig!) Viertens ist der ganze vorliegende Abzug zu streichen: „Andererseits erklärt die sozialistische Partei, daß die Arbeiter nicht nur an den Wahlen teilzunehmen, sondern auch sich zu großen kollektiven Anstrengungen vorzubereiten haben, zu einer stetigen, methodischen und revolutionären Klassenaktion. Nur durch Ausübung eines ununterbrochenen Druckes auf die Regierung und die Gesellschaft vermag das Proletariat sowohl den Erfolg politischer und ökonomischer Reformen sichern, wie auch über alle Widerstände zu triumphieren, die die Bourgeoisie der Umgestaltung der bestehenden Gesellschaft in eine kollektivistische oder kommunistische entgegenzusetzen wird.“ Dieser Abzug ist überflüssig, er ist nur dazu da, um das Wort „revolutionär“ hineinschieben zu können. Es giebt aber kein zweideutigeres Wort als dieses. Es ist besser, von Revolution gar nicht zu sprechen. Wenn aber das Wort beibehalten wird, so werde ich einen Zusatz beantragen, um den Sinn dieses zweideutigen Wortes zu fixieren, und wir werden dann sehen, wer den Rat haben wird, dagegen zu sprechen. (Beifall. Zwischenrufe aus den Tribünen, die meist von Blanquisten befeht sind.) Der Vorliegende mahnt die Tribünen zur Ruhe.) Revolution kann nur den vulgären Sinn (physischer Gewalt) haben oder gar keinen Sinn. Sagt man, daß revolutionär sein heiße, die Schritte revolutionieren, dann ist es eine Zweideutigkeit.

Ausführlicher spricht Deville über das Minimalprogramm: Dieses will die „nächsten“ Forderungen aufzählen. Sind aber alle seine Forderungen wirklich sofort durchführbar? So verlangt der Entwurf die Vollstreckung. Ist das eine „nächste“ Forderung? Verlangt man doch lieber eine internationale diplomatische Aktion zwecks gleichzeitiger Abrüstung! Und dann — Ihr wollt jede militärische Ausgabe abgelehnt wissen, zugleich aber fordert Ihr die Miliz. Wird etwa Eure Miliz nichts kosten? Art. 10, der die sozialistischen Deputierten verpflichtet, gegen jede Ausgabe für Meer und Marine und gegen Kolonialexpeditionen zu stimmen, ist zu streichen. Anstatt des Wahlstundentages (Art. 18) ist als wirklich „nächste“ Forderung zu formulieren: Maßnahmen zur Verkürzung des Wahlstundentages. Die Forderung des Entwurfs betreffs Wahl der Gewerbe-Inspektoren durch die Gewerkschaften könnte nur den Unternehmern Vorwand leisten, da die „gelben“ Gewerkschaften sich stark verbreiten. Es ist besser, die Gewerbe-Inspektion dem Staat zu überlassen. Schon jetzt sitzen ja drei Gewerkschaftsvertreter in der Beförderungs-Kommission, die die Zusammenfassung des Inspektionspersonals überwacht. Auf diesem Wege ist weiter zu bauen. Art. 24, Abschaffung der Staatschuld, ist phänomenal; fordern Sie doch lieber gleich die Vergesellschaftung! Selbst Marx und Engels haben gesagt, sie hätten nichts gegen die „Entschädigung“ der Kapitalisten, dadurch aber würde eine neue öffentliche Schuld geschaffen, und Ihr wollt die alte abschaffen! —

In gleichem ultra-possibilistischen Geiste kritisierte Redner, bekanntlich ein ehemaliger Marxist und Guesdist, mehrere andere Artikel des Minimalprogramms. Er schloß mit den Worten: Ich bin Realist. Ihr werdet außerhalb der legalen Wege nichts ansichtigen können. Nur wenn Ihr die Majorität auf Eurer Seite habt, könnt Ihr was erreichen. Der Generalkongreß ist zwar an sich legal, aber er würde ebenfalls bittere Enttäuschungen bringen, indem er notwendig zu Gewaltthatigkeiten führen muß. Siehe Spanien! (Beifall.)

**Renaudel**, Seine-Inférieure, begründet einen gedruckt vorliegenden Gegeneutwurf, der von der mehr oder weniger antiministerialistischen Minderheit eingebracht ist, und zwar von den Föderationen: Seine-et-Oise, Nord und Pas-de-Calais, Seine-Inférieure, Nièvre, Aube, Home, Vasse-Normandie, Oise, der Minderheit der Seine-Föderation und der „revolutionär-sozialistischen Föderation“. Der erste Teil der Prinzipienklärung des Generalkomitees (analog dem theoretischen Teil des Entwurfs bzw. des Wiener Programms. Der Berichterstatter) ist nichts als „Sozialwissenschaft“, er liest sich wie ein Ausschnitt aus einem Buche. Unser Entwurf beginnt dagegen gleich mit der Festsetzung des sozialistischen Zieles. Ferner betont er in einem besonderen Abzug die Bedeutung des Maschinenbaus, während der Entwurf des

\*) Nahezu sämtliche organisierte Sozialisten von Tours gehören dieser Richtung an. Am Vorabend des Kongresses wurde in einer von den Kongressisten einberufenen Versammlung eine scharfe Resolution gegen den Ministerialismus votiert.

Generalkomitees nur von der kapitalistischen Produktionsweise, der Konzentration usw. spricht und die „Verwandlung der Werkzeuge in Maschinen“ bloß erwähnt. Sodann berücksichtigt er die besondere Lage des Kleinbürgertums und der Kleinbauern in dem Absatz über die Vergesellschaftung: diese soll zunächst nur die „Transportmittel, die Großindustrie, die großen Warenhäuser und die großen Landgüter“ umfassen — in Erwartung des Moments, da die kleinen Händler und Industriellen, untergeben durch die Konkurrenz, und die Kleinbauern, ruiniert durch die Absatznot, belastet mit Hypotheken und bedroht durch die zwangsweise Versteigerung, endlich die Vorteile der Genossenschaftlichkeit begreifen und selber die Vergesellschaftung ihrer Kräfte, kleinen Werkstätten und Bodenparzellen als eine Wohlthat verlangen. Im Entwurf des Komitees steht dagegen nichts über Kleinbürgertum und Bauernschaft in Zusammenhang mit der Vergesellschaftung. Unser Entwurf verleiht unter dem Titel nur die Vergesellschaftung, alles andere ist Mittel. Und diese zerfallen in politische und ökonomische. Der Komitee-Entwurf spricht in einem Satze von ökonomischer und politischer Organisation, wir besprechen die zwei Organisationsformen getrennt. Die genossenschaftliche und gewerkschaftliche Organisation unterscheidet unsre Partei von den Bourgeoisparteien, die nur politisch sind.

Der Sozialismus ist hingegen zugleich eine ökonomische Partei. Dann verlangen wir im Abzug betreffs der Eroberung der politischen Gewalt die Einfügung eines Teil der Resolution Kautsky über die Ministerfrage (Teilnahme von Sozialisten an bürgerlichen Ministerien nur in Ausnahmefällen). Diesen Zusatz haben wir bereits im Generalkomitee beantragt, er wurde aber abgelehnt.

Nun zur Revolution. Unser Entwurf sagt hierüber folgendes: „Die sozialistische Partei ist in der That wesentlich eine Revolutionspartei. Sie darf zwar keine Gelegenheit unbemüht lassen, um der feindlichen Klasse Reformen zu entreißen, die geeignet wären, die Lage des Proletariats zu verbessern und ihm die Wege zur endgültigen Befreiung zu ebnet; sie darf aber nicht, will sie sich indes nicht pressen lassen, die Bedeutung dieser Reformen so sehr überschätzen, um z. B. zu glauben, daß sie hinreichen würden, auf geistlichem und friedlichem Wege die vollständige Umgestaltung der bestehenden Gesellschaft in eine kollektivistische oder kommunistische zu sichern. Im Gegenteil, die Partei muß seitens der kapitalistischen Gesellschaft in einem gegebenen Augenblick einen arbeitslosen Widerstand voraussehen, den das Proletariat nur durch eine äußerste Anstrengung wird brechen können!“

Ein weiterer wichtiger Punkt unseres Entwurfs ist der Generalkomitee: „Ohne jede andre revolutionäre Taktik zu verwerfen, betrachtet die Partei den Generalkrieg als das rascheste und sicherste Mittel, die Arbeiterklasse im Dienste eventueller revolutionärer Umstände zu mobilisieren. Außerdem wird die Organisation des Generalkrieges den Arbeitern den Hebel zur Verfügung stellen, der ihnen mientbehrlich ist, um auf die kapitalistische Gesellschaft den nötigen Druck auszuüben zwecks Erlangung und Durchführung von Reformen.“ Deville meinte, es habe bisher noch nie einen Generalkrieg gegeben. Das beweist nur, daß die Erziehung der Masse mangelhaft ist. (Beifall.) Unser Abzug betreffs des Generalkrieges ist übrigens nur die Wiedergabe der bereits vom Generalkomitee votierten Resolution Briand.

Deville hat ein maßloses Verlangen, gemähtig zu erscheinen. Er verweist die Revolution für das Proletariat, zugleich aber beruft er sich auf die Revolution von 1789. Jawohl, wir sind Revolutionäre, und das im Sinne der Gewalt. Wegeben wir uns nicht dieser wichtigen moralischen Kraft, die im Revolutionarismus liegt, dieses Instincts der Empörung. (Beifall.)

Sodann wendet sich Renaudel gegen Devilles Kritik der Minimalforderungen: Der Sozialismus muß mehr verlangen, um wenigstens etwas zu erhalten. Dieses Programm wird erst die Quelle der wahren Einigkeit werden, nicht einer mystischen Einigkeit wie bisher. Die Föderationen sind deshalb noch nicht sozialistisch, weil sie Föderationen sind. So hat die Föderation von Bar betreffs einer prinzipienwidrigen Abstimmung ihrer Deputierten geantwortet, das Generalkomitee habe hier nichts dreinzureden. Der betreffende Deputierte sei auf kein Programm verpflichtet worden. Ist aber eine sozialistische Partei ohne Programm denkbar? Nur auf Grundlage eines Programms ist die Einigkeit aufrechtzuerhalten gegen alle diejenigen, die sie bekämpfen haben.

**Abg. Roussin** wiederum betrachtet das Minimalprogramm mit denselben Augen wie Deville. Ihm erscheint die Forderung der Abschaffung des Senats und der Präsidenschaft zu viel für eine „nächste“ Forderung; das wäre schon eine Maximalforderung. Eine Minimalforderung sei nur das, was man sofort erlangen könne. Besser verlangen wir zwei Kammer, die beide auf Grund des allgemeinen Wahlrechts gewählt würden. Uebrigens sei eine zweite Kammer notwendig, um Kopfgeschleiten (emballements) seitens der Deputiertenkammer zu vermeiden. Redner spricht für Beibehaltung des Wortes „revolutionär“, aber unter Verfügung einer friedlichen Auslegung, sonst würde das Wort die Bauern verheeren. Durch den Mißbrauch, den man mit Gewaltthaten getrieben, habe man nur nervöse Naturen für die Partei gewonnen. Der Generalkrieg sei unbedingt befeht zu lächeln, — das verlange die Arbeiter-Föderation in formeller Weise. Wozu die Bauern durch Worte verheeren? Redner sei Anhänger aller Mittel, gefehrlich und gewaltthätiger, aber gegen Gewalttäter. In den Wahlkämpfen sei damit nicht gedient, und unser Programm soll doch für die Wahlkämpfe bestimmt sein.

**Lacour-Paris** spricht im Sinne Renaudels und polemisiert gegen Deville und Roussin. Sollte man denn jetzt das Wort „revolutionär“ ausmerzen, nachdem man es zwanzig Jahre hindurch den Genossen eingeimpft habe? Uebrigens verheißt Redner unter Revolution nur die vollständige Vergesellschaftung. Nicht nur Revolutionen, auch Reformen seien nur von der Minderheit durchgesetzt worden. Partei man mit Deville und auch mit Jaurès, bis die Reformen die Mehrheit für sich gewonnen, dann würde man bis zum Sanct Kimmereinstag warten müssen. Roussin stehe hinter dem Programm von Gambetta und den Radikalen von 1869, das bereits die Abschaffung des Senats verlangte.

**Renaudels** Vorschlag, zuerst und gesondert über die Prinzipienklärung und dann erst das Minimalprogramm zu beraten, wird mit allen gegen wenige Stimmen abgelehnt.

**Vagnol**, Genossenschaftler, verlangt die Aufstellung von Spezialprogrammen für jede Legislatur und die Beilegung der Lokalprogramme der sozialistischen Deputierten. Bisher konnte es vor, daß die sozialistischen Deputierten des Südens für die Weinkultur, die des Nordens für die Zuckerrübe eintreten, gerade so wie die Bourgeoisdeputierten, ohne Einheit und Plan. Das Wort „revolutionär“ sei vielleicht eine „Angel, die wir am Fuße schleppen“, aber es sei nötig, um uns von den Bourgeoisparteien zu unterscheiden. Ebenso müsse der Generalkrieg beibehalten werden, um uns gegen Angriffe seitens der Guesdisten und Blanquisten zu schützen.

Die Abend Sitzung hat sich inzwischen zu einer späten Nachtsitzung ausgewachsen.

## Der Boeren-Krieg.

**Das in Gefangenschaft geratene englische Corps** bestand, wie der „Standard“ aus Merksdorp vom 1. d. M. meldet, aus 380 Mann mit 2 Feldgeschützen, einer Pompa und 2 Maximkanonen.

### Die Boerenverluste der letzten Woche.

Ein Telegramm Kitcheners aus Pretoria meldet: Das Ergebnis der Kämpfe in der vergangenen Woche beträgt: 69 Boeren tot, 15 verwundet, 903 gefangen genommen. 105 haben sich ergeben.

### De Wet abermals entkommen.

Aus Hartswijk kommt die Meldung, daß Christian De Wet trotz eines Schusses in den rechten Arm dennoch von neuem die Blockhandlinie durchbrochen habe.

# Aus Industrie und Handel.

**Die Deutsche Genossenschaftsbank von Coergel, Parisius u. Co.** gibt in ihrer Bilanz den Reingewinn auf 1 080 000 M. an, gegen 2 022 277 M. im Vorjahre. Die Dividende ist von 5 auf 8 Proz. in diesem Jahre herabgesetzt. Die Bank mußte zu bedeutenden Abschreibungen die Specialreserve heranziehen. Zu den unglücklichsten Beteiligungen an industriellen Unternehmen gehören die Helios-Elektrizitätswerke, das Bergwerksunternehmen Ruffhändler, die Watt-Akkumulatorenbauwerke und die Kleinbahn-Gesellschaft. Die Frankfurter Filiale mußte Beteiligungen auf Veräußerungsconto des Landwirtschaftlichen Kreditvereins in Ausbach und der Gewerbedank in Heilbronn vornehmen. Die Gesamtabschreibungen erreichen die Summe von 583 538 M. Die Bank ist leider von ihrer ehemaligen Aufgabe abgewichen und hat sich während der verflochtenen Hochkonjunktur in den Strudel der Emissionstätigkeit fortziehen lassen. Daraus erklärt sich der unangenehme Abschluß, der ein Hinweis zur Umkehr sein sollte.

Die Bilanz weist folgende Positionen auf: Aktiva: Kassa, Coupons und Sorten 2 975 007 M. (4 176 775), Wechsel und Devisen 20 027 206 M. (25 074 989), Effekten und Reparis 7 768 233 M. (7 004 071), laufende Rechnungen 46 435 442 M. (58 775 574), Debitoren für Wechsel 1 330 014 M. (1 350 877), Beteiligungen 4 378 181 M. (6 033 859), Giro-Anteile Debitoren 1 310 919 M. (1 494 376), Grundstücke und Inventar 1 432 000 M. (1 304 233). Die Passiva betragen: Aktienkapital 36 000 000 M. (36 000 000), Reservefonds 4 070 000 M. (4 930 000), laufende Rechnungen 19 994 864 M. (35 432 260), darunter auf feste Termine 5 540 000 M., Accepten-Conto 14 961 730 M. (19 078 027), Aka-Conto 1 330 014 M. (1 350 877), Giro-Abteilung Creditoren 7 039 173 M. (6 006 125), diverse Creditoren 1 721 722 M. (3 332 480).

**Die Rheinische Bank in Wülheim a. d. Ruhr** schließt bei einem Aktienkapital von 10 Millionen mit 4 559 928 M. Defizit ab. Die Bank gehört zu denjenigen, die die gewaltigsten Gründungen im rheinischen Industriegebiet unternahm und damit bei dem allgemeinen Zusammenbruch in der Industrie selbst an den Rand des Ruins gebracht wurden. Eine Hilfsaktion eines Bankkonjunkturums ermöglichte die langsame Abwicklung der Geschäfte. Bezeichnend ist, daß die gegenwärtig auf Effektenkonto stehenden 969 682 M. fast ausschließlich Werte sind, die nicht zu den börsennotierten zählen. Die Verbindlichkeiten der Bank betragen noch 1 100 000 M. Nachdem diese abgelöst sind, werden die Aktionäre über die Zukunft der Bank zu entscheiden haben.

**Die Gläubigerversammlung der Leipziger Bank** ergab die Vertretung von 39 550 720 M. Forderung. Welchen Umfang die Zahl der Forderung angenommen hat, ist daraus zu ersehen, daß nicht weniger als 1 1/2 Stunde dazu nötig war, um die Liste der Gläubiger zu verlesen. Unter den Geschäftskreditoren führt die Reichsbank mit 2 360 000 M., die Leipziger Hypothekbank mit 2 100 000 M., die Deutsche Bank als Vertreterin für ihre Klienten mit über 3 000 000 M. usw. Das Vermögen der regierungsmäßig aufgestellten Gläubiger schätzt man auf 4 480 000 M. und ist es bereits zu einer Verliquidation auf 5 Millionen Ersparnissen gekommen. Wie teils noch die Direktoren Egner und Dr. Gensyß herangezogen werden können, ist ungewiß. Wie schon berichtet, ist das palastartige Gebäude der Bank für 2 800 000 M. in den Besitz der Deutschen Bank übergegangen. Der Selbstkostenpreis betrug 3 733 000 M., trotzdem sind bei dem Verkauf noch 800 000 M. mehr erzielt, als die Kaufsumme betrug, für die das Gebäude der Stadt angeboten wurde. Diese beiden Restkanten kamen überhaupt nur in Betracht. Der Bericht des Konkursverwalters ist so unglücklich, daß es fraglich erscheint, ob für die Aktionäre etwas übrig bleibt.

**Erhöhte Betriebseinschränkung des Kohlenyndikats.** Im Gegensatz zu den vielfachen Meldungen über eine Besserung auf dem Eisenmarkt sind die Verhältnisse auf dem Kohlenmarkt noch immer trostlos. Der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ zufolge zeigt der Vorstand des Kohlenyndikats den Verbänden mittels besonderer Rundschreiben vom 3. März an, daß die Lage des Kohlenmarktes und die am 1. April um voraussichtlich 1 1/2 Millionen Tonnen steigende Beteiligung eine Erhöhung der Fördereinschränkung um mindestens 5 Proz. vom 1. April ab bedingen. Die nächste Zehnerbesitzer-Versammlung müsse daher eine Fördereinschränkung von voraussichtlich 25 Proz. ab 1. April beschließen. Der Vorstand giebt den Zehner hieron schon jetzt mit dem Ersuchen Kenntnis, bei ihren Betriebsdispositionen mit der genannten erhöhten Einschränkung zu rechnen.

**Die Oberschlesische Kohlenkonvention** hat beschlossen, vom 1. April v. J. ab die Preise für vorwiegend dem Industriebedarf dienende Kohlenorten von 2 auf 2 abwärts um 60 Pf. pro Tonne zu erniedrigen. Für Städ-, Wärfel- und Ruhkohlen tritt vom 1. April ab der gewöhnliche Sommerabschlag in Kraft.

## Gewerkchaftliches.

### Berlin und Umgegend.

**Gefahrdrohende Differenzen** bereiten sich im Droschken-Fuhrergewerbe zwischen Fuhrern und Statistern vor. Mit der Einführung der Fahrpreis-Anzeiger (Taxometer) haben die Droschken-Lufter neben einer prozentualen Gewinnbeteiligung an der Tageseinnahme auch die Zahlung eines festen Lohnsatzes erreicht, der zur Zeit 1,50 M. pro Tag beträgt. Dieser Lohnsatz ist seitens der Statistern erst nach heftigen Kämpfen errungen worden. Die Droschkenlufter glauben nun berechtigter Ursache zu der Annahme zu haben, nachdem schon wiederholt betrügerische Versuche gemacht worden sind, daß es in der Zukunft der Fuhrer einen festen Lohnsatz zu fassen und denselben lediglich durch Prozente von der Tageseinnahme zu ersetzen, und daß zum Frühjahr noch dieser Richtung hin ein gemeinsamer Vorstoß gemacht werden soll. Die Statistern sind keineswegs gewillt, sich den errungenen festen Lohnsatz wieder nehmen zu lassen und treffen gegenwärtig alle Vorbereitungen zu einem eventuellen Abwehrstreik durch Stärkung der Organisation, des Streikfonds und Ausbau des Hofvertrauensmännersystems.

**Achtung! Kleber (Tapezierer)!** Die Sperte über die Bauten der Firma Verendi, Nitzdorf, Prinz Handjersht. 78 (Bau Kleber- und Donauuferstraße und Richardstr. 104), Unternehmer H. H. H. H., Straußbergerstraße (Bau Kastanien-Allee 21) ist aufgehoben. Bewilligt hat: Gundlach, Baumgartenweg, Exerzierpl. 6. Gesperrt sind die Firmen: Martin Otto, Donzigerstraße 19 (Bauten: Kopendangerstr. 7 und Eberhartstraße), Schöpf, Weisstraße (Bauten: Weisstraße 144 und Gothen- und Lutherstrassen-Allee), Witt, Dessauerstraße (Bauten: Moh- und Neue Kumbacherstrassen-Allee), Knauer, Hedemstr. 23a, und Brandenburg, Kammerstraße.

### Verbandsleitung der Tapezierer.

**Centralverein für Arbeitnachweis in Berlin.** Bericht über den Geschäftsbetrieb im Monat Februar 1902:

ungeleitete Arbeiter	Maler	Schloßer	Klempner	Tapezierer	weibl. Pers.	insgesamt
Eingeschriebene, arbeitsfähige Pers.	1367	302	244	55	112	2313
Von Arbeitgebern verl. Arbeitkräfte	1120	85	99	20	61	1605
In Arbeit gebrachte Personen	1053	75	87	15	44	1465

**Militärrekruten-Zähler!** Diejenigen Kollegen, welche bei Spandauer Rekruten oder bei Berliner Unternehmern auf von der Spandauer Artilleriewerkstelle übernommene Arbeiten beschäftigt waren oder noch beschäftigt sind, werden gebeten, sich am Freitag dieser Woche, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Hölle, Oranien- und Alte Jakobstrassen-Allee einzufinden. Lohnbücher und Lohnkarten sind mitzubringen.

Der Vorstand der Verwaltungsstelle IV.

**Die Berliner Textilarbeiter** beschloffen, den 1. Mai wieder so zu feiern, wie in den letzten Jahren. Für die ausgesperrten Weber in Greiz wurden 50 M. bewilligt.

### Deutsches Reich.

**Zur Bewegung der Schneider.** Die vom Arbeitgeber-Verband des Schneidergewerbes in München angebotene Ausperrung der Schneider und Schneiderinnen ist hauptsächlich in Kraft getreten. Sämtliche dem Schärnacher-Verbande angehörenden 35 Firmen haben sämtlich ihre Leute, darunter solche mit zwanzigjähriger Dienzeit, aufs Pflaster geworfen. Ausgesperrt sind circa 650-700 Gehilfen, darunter etwa 400 verheiratete mit beiläufig 500 Kindern. Bekanntlich haben die Gehilfen keinerlei neue Forderungen gestellt, sondern verlangen nur, den vor 3 Jahren vereinbarten und demnächst ablaufenden Tarif für weitere 3 Jahre zu erneuern. Von den nicht zu den Schärnacher zählenden Firmen haben 21 mit circa 600 Arbeitern und Arbeiterinnen den Tarif anstandslos erneuert. — Die Schneider in Cannstatt fordern von ihren Arbeitgebern einheitliche Lohnzahlung in sämtlichen größeren Geschäften mit 15 bzw. 25 Proz. Lohnerhöhung und Festeinrichtung einer Reihe von Mißständen. — In Henssberg haben drei Arbeitgeber die Forderungen der Gehilfen bewilligt. Der Arbeitgeberverein veröffentlicht eine Erklärung, in der er bekannt gibt, daß er alle Maßnahmen getroffen habe, daß seine Mitglieder auch während des Streiks den an sie gestellten Anforderungen genügen. Wenn das für die Mehrzahl der Unterfertigten nun wohl auch nicht zutreffen wird, ist es sicher der Fall bei einer Reihe von Stützpunkten der Proklamationsprangenden „Arbeitgeber“, die — wie einen Gesellen beschäftigen.

**Die Kieler Bauarbeiter** haben ihren Arbeitgebern folgende Forderungen unterbreitet: Für das nächste Jahr, also für die Zeit vom 1. März 1902 bis 1. März 1903 Erhöhung des Stundenlohns auf 60 Pf. unter Beibehaltung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit. Für das folgende Jahr Erhöhung des Stundenlohns auf 63 Pf., verbunden mit Einführung der 9 stündigen Arbeitszeit. Diese neuen Forderungen sind den Arbeitgebern am Freitag unterbreitet worden.

**Die Steinseher-Gesellen Breslau und Umgegend** beschloffen in Sachen ihrer Lohnbewegung noch einmal an die Innung heranzutreten, da diese bisher nicht gewillt war, eine Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten zu lassen. Jetzt soll auf Festeinrichtung sämtlicher Accordarbeiten gedrungen werden.

**In Greiz** ist es jetzt dem Fabrikantenverein gelungen, eine weitere Anzahl von Firmen zum Beitritt zu bewegen, so daß sich dort die Verhältnisse außerordentlich zuspitzen. Die Dr. W. Drösel, der Sekretär des Fabrikantenvereins, in einem Inserat der „Greizer Zeitung“ mitteilt, verfügt der Verein jetzt über rund 8500 mechanische Webstühle. Schreiten auch die dem Verein nun hinzugetretenen Firmen zur Ausperrung, dann dürfte sich die Anzahl der ausgesperrten Arbeiter noch um 1000 oder mehr erhöhen.

**Der Streik der Drechsler bei Worms** in Zeit ist beendet. Es ist zu keinem Sieg der Arbeiter gekommen, aber auch Herr Worms hat den Schaden. Die Streikenden haben bis auf 2 Mann anderweitig Arbeit erhalten; Worms dagegen hat einige Leute bekommen, die ihren Kollegen in den Rücken fielen und denen er jetzt höhere Löhne zahlt, als sie von den Streikenden gefordert wurden. Lange wird das gute Einvernehmen zwischen W. und seinen jetzigen Bauarbeitern nicht bestehen, denn bei den jetzt von ihm gezahlten Löhnen kann W. die bis jetzt geforderten Preise nicht halten. Er muß also wieder zum Abziehen übergehen und dann werden wohl die jetzigen Streikbrecher streiten.

### Ausland.

**Gewerkchaftliches aus der Schweiz.** Die am letzten Sonntag in Zürich abgehaltene Delegiertenversammlung des schweizerischen Korbmacher-Verbandes beschloß die Erhöhung der Wochenbeiträge von 20 auf 25 Cts. und die Festsetzung der Arbeitslosen-Unterstützung von 1,50 Fr. pro Tag für die verheirateten und 1 Fr. für die ledigen Mitglieder. — Da die Buchdruckereibesitzer in Basel zum zweitenmal die bescheidenen Forderungen der Gehilfen abgelehnt haben, sind diese entschlossen, eventuell in einen Streik einzutreten.

## Sociales.

### Arbeiterschutz in Gummiwaren-Fabriken.

Auf Grund des § 120a der Gewerbe-Ordnung hat der Bundesrat eine Verordnung erlassen für Gummiwaren-Fabriken, in denen Gummiwaren unter Anwendung von Schwefelkohlenstoff oder Chlorschwefelgasen vulkanisiert werden.

Die Verordnung, die am 1. Juli 1902 in Kraft tritt, für die etwa notwendig werdende Beseitigung baulicher Mängel aber bis 1. Juli 1903 Frist giebt, trifft zunächst Anordnungen über die Beschaffenheit der Arbeitsräume und deren Ventilation sowie über das Arbeitsverfahren.

Der Fußboden der Arbeitsräume darf nicht tiefer liegen als der umgebende Erdboden; sie müssen mit Fenstern und Lüftungseinrichtungen versehen sein, dürfen zu keinem andern Zweck als dem Vulkanisieren benutzt werden und müssen für jeden Arbeiter mindestens 20 Kubikmeter Luftraum bieten. Sie dürfen nur durch Dampf oder Warmwasser erwärmt und nur durch gut geschützte elektrische Glühlampen erleuchtet werden. Schwefelkohlenstoff darf nur für den Tagesbedarf darin lagern.

Die zum Vulkanisieren langer Stoffbahnen dienenden Maschinen müssen gänzlich unmanutelt sein, der Raum innerhalb der Ummantelung muß kräftig ventiliert werden und darf von Arbeitern nur bei Betriebsstörungen betreten werden. Bei technischen Schwierigkeiten können durch die höhere Verwaltungsbehörde auch andere geeignete Schutzvorrichtungen gestattet werden; als besondere Schutzvorrichtungen werden genannt Aufstellung der Maschine in einer offenen Halle, Beschäftigung derselben Arbeiter nur an zwei Tagen in der Woche. Bei der Vulkanisierung aller andern Gegenstände müssen Schutzkleidung angewendet werden, in die der Arbeiter nur die Hände einzuführen braucht.

Die Trockenräume und sonstigen Trockenräume müssen so eingerichtet sein, daß sie zum Einziehen und Herausnehmen der Waren nicht betreten zu werden brauchen. Das Betreten der Trockenräume und Vulkanisierungskammern während des Betriebes darf nicht gestattet werden.

An Arbeiten, bei denen die Arbeiter der Einwirkung von Schwefelkohlenstoff ausgesetzt sind, dürfen diese nicht länger als 2 Stunden ununterbrochen und täglich im ganzen nicht länger als 4 Stunden beschäftigt werden. Nach zweistündiger Beschäftigung muß mindestens 1 Stunde Pause gewährt werden. Personen unter 18 Jahren dürfen mit solchen Arbeiten nicht beschäftigt werden.

Der Unternehmer muß Arbeitskleider beschaffen, Wasch- und Umkleieräume und Wascheinrichtungen und Antiklien stellen. Die Räume müssen noch Beschleierungen getrennt, sauber gehalten und im Winter geheizt werden. Der Unternehmer muß ferner für dauernde und regelmäßige ärztliche Ueberwachung der Arbeiter Sorge tragen. Außerdem werden eine Reihe Kontrollvorschriften gegeben.

**Arbeitnachweis und Arbeitslosen-Unterstützung in der Schweiz.** Das eidgenössische Industrie-Departement in Bern wird, wie es in seinem Bericht über die 1901 mittelt, demnächst an die gesetzgeberische Prüfung der Frage herantreten — nachdem nun die Gutachten des schweizerischen Arbeiterssekretariats und der Züricher Kantonsregierung eingelaufen —, ob und eventuell wie die Organisation des Arbeitnachweises und der Arbeitslosen-Unterstützung durch Bundesgesetz zu regeln sei.

**Für die Bureaubeamten und die Briefträger der Post- und Telegraphenämter in Paris** sowie in Lyon, St. Etienne und andern größeren Städten ist mit dem 1. März der wöchentlich wiederkehrende volle Ruhetag eingeführt worden. Die tägliche Arbeitszeit ist auf 8, im Maximum auf 8 1/2 Stunden herabgesetzt. Früher hatten die betreffenden Beamten nur je alle 3 Wochen einen Ruhetag; die achtstündige Arbeitszeit war seit 1. Oktober 1901 nur

für die Arbeiter im Post- und Telegraphendienst eingeführt worden, nicht für die Beamten.

**Zählungen der Arbeitslosen** ergaben in Elberfeld 1240, in Harburg 1100 Arbeitslose.

## Aus der Frauenbewegung.

### Zum Vereinsrecht der Frauen.

Mit dem Ersuchen um Veröffentlichung erhalten wir folgende Zuschrift:

In Nr. 50 des „Vorwärts“ wird in einem Versammlungsbericht aus dem dritten Wahlkreise kurz angeführt: „Dem Verlangen des Beamten, die in der Versammlung anwesenden Frauen anzusprechen, wurde stattgegeben und wird Beschwerde gegen sein Vorgehen eingereicht.“

In einer Besprechung des Vorganges an anderer Stelle des „Vorwärts“ ist dann gesagt: „Selbstverständlich wird Beschwerde geführt.“

Selbstverständlich wäre es gewesen, wenn man dem Verlangen der Behörde nicht nachgegeben hätte, es vielmehr darauf hätte ankommen lassen, daß der Beamte seiner unrechtmäßigen Forderung eine unrechtmäßige That hätte folgen lassen. Es sollte doch endlich nach langjähriger Erfahrung als feststehend gelten, daß bei der Anwendung reaktionärer Gesetzesbestimmungen nicht durch Beschwerden, welche nach Jahresfrist entschieden werden, Abhilfe geschaffen wird, sondern nur durch Schaffung einer Situation, welche Behörde und Regierung zu sofortiger Stellungnahme zwingt. Diese Gelegenheit ist jetzt gegeben und unsere Genossen sollten sie sich nicht entgehen lassen. Sie sollten unter keinen Umständen die als Führerinnen erschienenen Frauen aus der Versammlung des Wahlvereins ausweisen, sondern es in allen Fällen auf eine Auflösung der Versammlung ankommen lassen. Dies müßte, wenn nötig, in allen Wahlkreisen mehrmals hintereinander geschehen, dann würde in ganz kurzer Zeit die Situation gegeben, in welcher die Regierung zu sofortiger Stellungnahme gezwungen ist.

Man mag nun über die Regierung denken, wie man will, der Blamage kann sie sich nicht gut aussetzen, dem Bund der Landwirte gegenüber etwas zu Recht zu erklären, was in andren politischen Vereinen ungeschicklich sein sollte!

Daß wiederholte Versammlungsausschließungen der Partei sowohl wie der Frauenbewegung nur von Nutzen sein können und keinesfalls Nachteile bringen, ist oft genug erprobt; es geht wieder einmal einen frischen, fröhlichen Kampf gegen den Versuch einer Behörde, zweierlei Recht zur Geltung zu bringen. Bei solchen Kämpfen haben wir immer sehr gut abgeköhnt.

Es wäre ein Unrecht den Genossinnen gegenüber, wenn die Genossen diesen Kampf jetzt nicht ernstlich aufnehmen würden. Ein Unrecht, das die Theorie von der Gleichberechtigung der Geschlechter in eigenlindem Lichte erscheinen ließe.

Die Rechtslage ist durch die Erklärung des Ministers v. Hammerstein, die erst durch Verständigung mit dem Parteipräsidenten erfolgte, gegeben. Die Frauen haben ein Recht, als Zuhörerinnen an den Versammlungen der politischen Vereine teilzunehmen. Weisen nun die Leiter der Versammlungen die Frauen aus, so erkennen sie damit in bedingter Weise an, daß dem Beamten ein Recht zustehe, eine solche Forderung zu stellen. Sollte das Rechtsgefühl der Genossen sich nicht dagegen ausbilden, daß die Genossinnen, die nach Auflösung verlangen, aus einer Versammlung hinausgetrieben werden, in der zu sein sie ein gesetzliches Recht haben gleich ihnen?

Was jetzt hat es in unserer Bewegung als selbstverständlicher Ausdruck der Solidarität gegolten, zu dem zu stehen, dem Unrecht geschieht und lieber mit Unrecht zu leiden, als zuzusehen, wie solches an andern fortdauernd geübt wird.

Wenn die Genossen jetzt das Recht ihrer Mitkämpferinnen energisch verteidigen helfen, so kann und wird der Erfolg für die Gesamtpartei nicht ausbleiben und für die Frauen die erste Etappe zum vollen Vereinsrecht erreicht werden.

Emma Hyer.

**Die politische Rechtslosigkeit der Frau** bildete das Thema einer von den Parteigenossinnen für Montag einberufenen Versammlung in Allems Lokal in der Halenheide, in der Genosse Singer sprach. Der Redner zeigte, daß Deutschland in der Frage der politischen Frauenrechte am rückständigsten sei, und forderte die Frauen auf, alles aufzubieten, um die volle politische Gleichberechtigung zu erkämpfen. Die Ausführungen Singers fanden lebhaften Beifall. Nachdem ein Genosse im Sinne des Referenten gesprochen hatte, schloß die Vorsitzende Ottilie Baader die Versammlung mit der Mitteilung, daß am 12. März in der „Urania“, Wangelstraße, eine für die Frauen besonders interessante Versammlung stattfindet, in der Frau Juch über: „Mängel in der Berliner Armenverwaltung“ sprechen wird.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Abgeordnetenhause.

**Wien, 4. März.** (W. Z. V.) In der fortgesetzten Debatte über das Budget beipflichtet Abgeordneter Dr. Ritter v. Belovics eingehend die Wirkung der Veterinär-Gesetze und Veterinär-Konventionen und giebt seiner Freude darüber Ausdruck, daß die preussische Grenze der nächstliegenden Regierungsbirge, Opatowitz und Breslau, geöffnet sei, zu welchem Erfolge der Minister-Präsident zu beglückwünschen sei. Redner beantragt eine Resolution, in welcher die Regierung aufgefordert wird, bei der deutschen Regierung die Wiedereröffnung der Grenze für Schweine-Export, wenigstens aus den seuchenfreien Ländern Oesterreichs, anzuregen.

**Hadersleben, 4. März.** (W. Z. V.) Bei den heutigen im Wahlkreise Hadersleben abgehaltenen Erswahlen für 13 ausgeschiedene deutsche und 12 dänische Landtags-Wahlmänner wurden 15 deutsche und 10 dänische Wahlmänner gewählt. Die Deutschen haben somit eine Zunahme von zwei Wahlmännern zu verzeichnen.

**Bahn, 4. März.** (W. Z. V.) Die die „Königliche Volkszeitung“ aus Osnabrück meldet, hat die Polizei dort eine umfangreiche Falschmünzer-Werkstätte entdeckt und im Zusammenhang damit einen Kaufmann aus Osnabrück verhaftet.

**Budapest, 4. März.** (W. Z. V.) In dem der österreichisch-ungarischen Staatsbahn-Gesellschaft gehörigen, bei der Ortschaft Doman gelegenen Amasskacht fand in der vorigen Nacht eine Explosion schlagender Wetter statt. Durch herabstürzende Kohlenstücke wurden eine Anzahl von Arbeitern verkränkt. Drei derselben sind tot, die übrigen wurden verletzt.

**Paris, 4. März.** (W. Z. V.) Aus Roenz wird gemeldet: Infolge der Ueberchwemmungen auf der Grube Savon sind vier Arbeiter ertrunken.

**Brüssel, 4. März.** (W. Z. V.) In der heutigen Sitzung der Zukunftsferenzen beschloß man sich darauf, zu bestimmen, daß die internationale Konvention am nächsten Donnerstag unterzeichnet werden soll.

**London, 4. März.** (W. Z. V.) Der Linnard-Dampfer „Stravia“ ist seit Sonnabend in Queenstown überfällig.

**Saloniki, 4. März.** (W. Z. V.) Ibrahim Bey, der Kaimakam von Saloniki, wurde auf der Reise nach Ipek von Albanesen gefoltert.

**New York, 4. März.** (W. Z. V.) Am oberen Hudson und am Mohawk herrscht Hochwasser. Auf der New York Centralbahn ist der Verkehr in diesen Gegenden eingestellt. Mehrere Dämme, darunter auch der bekannte Empire State Spreeh, mußten mitten im Wasser stehen bleiben, weil das Feuer in den Lokomotiven von den eindringenden Fluten ausgelöscht wurde. Die Passagiere wurden in Booten fortgeschafft. In Pittsburg fällt das Wasser, ebenso in Paterson und an andren Orten.

Reichstag.

157. Sitzung vom Dienstag, den 4. März 1902, nachmittags 1 Uhr.

Präsident Graf v. Helldorf eröffnet die Sitzung. Der Entwurf eines zweiten Nachtrags zum Reichshaushalts-Etat wird in erster und zweiter Lesung debattiert angenommen. Zu demselben werden zur Bewährung von Beihilfen an hilfsbedürftige Kriegsteilnehmer 335 250 M. gefordert.

Darauf wird die Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes fortgesetzt beim Titel „Staatssekretär“.

Dazu liegt die sozialdemokratische Resolution auf Zurückgabe der astronomischen Instrumente vor.

Abg. Dr. Vachem (C.) hält die Fassung der Resolution nicht für glücklich. Eine nochmalige Zurverfügungstellung sei nicht angängig. Wer solle die Instrumente schenken lassen und um den Betrag die Kriegsschadigung vermindern. Nachdem die chinesische Regierung auf die Zurückgabe verzichtet hat, sind die Instrumente unter legalen Eigentum geworden. Ein nochmaliges Nachlaufen würde uns nur lächerlich machen. Wenn er der Resolution auch so schicklich zustimmen könne, so könne er die Begründung nicht gutheißen. Diese Begründung mache es seiner Partei unmöglich für diese Resolution zu stimmen. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Kardorff (Rp.)

polemisiert gegen die gestrigen Ausführungen der Abgg. Gradnauer und Ledebour. Wenn man auch bedauern muß, daß die astronomischen Instrumente überhaupt von ihrem alten Platz weggeschleppt worden sind, so ist die Sachlage nach der gestrigen Erklärung des Reichskanzlers eine ganz andre. Eine Rückgabe der Instrumente würden die Chinesen ganz falsch auffassen.

In dem herzlichsten Empfang, den Prinz Heinrich in Amerika gefunden hat, erblicke ich auch von Seiten des Auslandes eine Anerkennung der großen Verdienste, die sich das Großherzogliche Herzogtum im Preußen und Deutschland erworben hat. (Sehr richtig! rechts.) Daß das den Herren von der Linken unangenehm ist, kann ich mir denken. (Lachen links.)

Die von den verbündeten Regierungen eingebrachte Zolltarifvorlage trägt unser Verhältnis zu Amerika keineswegs. Fürst Bismarck hat trotz seiner Schutzpolitik mit fast allen Ländern für Deutschland günstige Verbindungen angeknüpft. Wir liegt ein Exemplar des sozialdemokratischen Blattes „Freie Presse“ aus dem Jahre 1878, redigiert von Bruno Geisler, vor, in der anlässlich des damaligen Zolltarifs geschriebenen Urkunde: „Sobere Getreidepreise bedingen nicht hohe Vorkreise“. (Hört! hört! rechts.) Das war die Stellung der Sozialdemokraten damals! Ich brauche ja auch nur an die hochschulischen deutschen Genossen des Herrn Stadthagen in Frankreich zu erinnern. — Im übrigen glaube ich, daß das Deutsche Reich durch den Grafen Bülow besser regiert wird, als durch die Herren Bebel, Gradnauer und Ledebour. (Beifall rechts; ironischer Beifall links.)

Abg. Dr. Herzfeld (Soc.)

[auf der Tribüne sehr schwer verständlich]:

Im Jahre 1878 handelte es sich um einen Getreidezoll von 50 Pf. Auch lagen die ganzen Verhältnisse damals anders als heute. Ich möchte auf die Tätigkeit der Konsulate eingehen. Es giebt heute noch sechsmal so viel Wahlkonsulate als Berufskonsulate. Eine Vermehrung der Berufskonsulate ist dringend erforderlich. Ich möchte den Staatssekretär bitten, daß als Konsul nicht Leute fungieren dürfen, die sich in wirtschaftlicher Abhängigkeit von Reedereien befinden. Solche Leute sind nicht im Stande, in gerechter Weise die Beschwerden der Seeleute zu entscheiden und ihre richterlichen Funktionen auszuüben. Beim jüngsten Heizerstreik in Danemark wurden deutsche Geisler nach Danemark engagiert. Man verschwiegte ihnen, daß sie als Streikbrecher dienen sollten. Als sie dies erfuhr, verweigerten sie den Dienst und forderten vom Konsul, ihren Vertrag zu lösen. Der Konsul aber lehnte dies ab und verweigerte sogar die Herausgabe der Papiere an die Schiffleute, nachdem diese entlassen waren. Weiter möchte ich den Staatssekretär bitten, die Konsule anzuzweifeln, regelmäßige Berichte über ihre schiedsrichterliche Tätigkeit zu erstatten und diese Berichte oder Auszüge aus denselben dem Reichstag vorzulegen, sobald wir die Möglichkeit haben, eine Kontrolle über diese Tätigkeit auszuüben.

Staatssekretär Frhr. v. Rittthofen: Die Bedingungen, die der Vordrucker bei Errichtung von Konsulaten gestellt zu wissen wünscht, sind unausführbar, da an den kleinen Hafenplätzen gewöhnlich nicht geeignete Personen, die der deutschen Sprache mächtig sind, vorhanden sind. Sind solche Personen aber vorhanden, so sind sie mit den Reedereien unter irgend einer Weise verknüpft. Die Bedingungen sind nur erfüllbar, wenn sämtliche Wahlkonsulate in Berufskonsulate umgewandelt werden.

Abg. Dr. Müller-Sagan (Sf. Vp.): Daß wir die Fortführung der astronomischen Instrumente nicht billigen, darüber besteht wohl kein Zweifel. Die Sachlage ist soweit hergestellt, daß es ausgeschlossen erscheint, nun noch einmal, wie es die sozialdemokratische Interpellation verlangt, der chinesischen Regierung die Instrumente zur Verfügung zu stellen. Das ist bereits geschehen und nachdem die chinesische Regierung darauf verzichtet hat, kommt es nur noch darauf an, den Wert der Instrumente auf die Kriegsschadigung zu verrechnen.

Abg. Frhr. v. Dudenberg (Welfe) tadelt, daß das Auswärtige Amt nichts getan hat, um bei England eine Entschädigung der aus Transvaal ausgewiesenen Deutschen durchzusetzen.

Abg. Dr. Haffe (natf.): Die gestrigen Reden der beiden Sozialdemokraten haben bewiesen, daß die Begeisterung für die Boeren bis in die weitesten Kreise des deutschen Volkes gedungen ist. Die sozialdemokratischen Redner haben sich gestern außerordentlich temperamentvoll geäußert über Dinge, die sie durchaus nicht verstehen. Sie leben nicht in diesen Gedankenkreisen und haben sich auch nicht die Mühe genommen, die einschlägige Litteratur zu studieren. Auch ich erkenne an, daß die englische Kriegsführung in Südafrika gegen das Völkerrecht verstößt. Aber zu meinem Bedauern muß ich konstatieren, daß das Verhalten Englands nicht verstoßt gegen die Abmachungen im Haag. Denn England hat es durchzusetzen gewußt, daß die beiden südafrikanischen Republiken im Haag nicht vertreten waren und daß die Abmachungen nur indirekt wurden auf die an der Konferenz beteiligten Mächte.

Die beiden sozialdemokratischen Redner haben gestern uns Alldeutschen Vorwürfe gemacht, die an einer Umkehrung der Verhältnisse das möglichste leiteten. Die Sozialdemokraten gehen von der Annahme aus, alle Menschen seien gleich. Diese Auffassung ist veraltet, sie entstammt der Philosophie des 18. Jahrhunderts. Die Nationalisten aber, von denen die Alldeutschen nur einen Teil bilden, huldigen der Anschauung, daß jedes Volk für sich einen besonderen Typus bildet. Wir wollen innerhalb des Deutschen Reiches unsere nationale Eigenart nicht aufrechterhalten; daraus ergibt sich die Behauptung der nationalen Minderheit in Deutschland. Es war zum mindesten nicht geschmackvoll, wenn gestern die Behauptung der Dänen, Polen und Wäffler im Deutschen Reich verhalten wurde mit der Behauptung der Boeren seitens der Engländer. Haben wir etwa Konzentrationslager für die Polen in Deutschland errichtet? Es war ein großer Fehler der sozialdemokratischen Redner, über Dinge reden zu wollen, die ihrem ganzen Anschauungskreis außerordentlich fern lagen. (Bravo! bei den Natf.)

Abg. Dr. Barth (Sf. Vp.):

Die Angelegenheit der Peking Instrumente bedeutet für die Regierung gewiß eine unangenehme Verlegenheit. Die Sache wird auch dadurch nicht viel besser, daß die Regierung durch die Schenkung der chinesischen Regierung nachträglich legitimiert wurde. Das ermuntert einigermaßen an die nachträgliche Legitimierung unehelicher Kinder. (Heiterkeit.) Wenn wir aber jetzt, nachdem die Instrumente einmal in Deutschland sind, mit ihnen in der Welt herumfahren und veräußern wollten, sie an irgend einer Stelle der chinesischen Küste abzugeben, so würde die Sache doch dadurch einen recht operettenhaften Eindruck bekommen. Jedenfalls sollten wir uns hüten, aus der Operette in einem Akt, die es jetzt schon ist, eine solche von mehreren Akten zu machen. Man soll die Instrumente in irgend einem Museum aufstellen, wo sie möglichst wenig gesehen werden. (Heiterkeit.)

Herr v. Kardorff hat sich auf einen Artikel der sozialdemokratischen „Freien Presse“ vom Jahre 1878 berufen. Der Verfasser dieses Artikels war Johann Most, schon damals und auch heute noch ein Schutzgänger. Es ist recht interessant, daß die Herren von der Rechten sich für ihre Lebensmittelpolitik jetzt auf einen der bekanntesten Anarchisten berufen. Es ist eine eigentümliche Verdrüßung: Herr v. Kardorff und Johann Most Arm in Arm! (Heiterkeit.) Herr v. Kardorff zitierte weiter den Bismarckschen Ausspruch, daß politische und wirtschaftliche Momente streng zu scheiden seien. Bismarck hat damals mit dieser Erklärung gewiß ganz bestimmte politische Zwecke verfolgt. Es ist im Laufe der Zeit immer weniger möglich geworden, sich wirtschaftlich mit einer Nation zu einzweien und gleichzeitig politisch mit ihr freundschaftlich zu leben. Das einzig bedeutende, was seit Bismarcks Entlassung geschehen ist, war der Abschluß der Handelsverträge durch den Grafen Caprivi; alles andre ist kaum der Mühe wert. (Beifall links; Zuruf rechts: Die Flotte ist also nichts!)

Abg. Dr. Arendt (Rp.):

Ich will mich mit dem Herrn Abg. Dr. Barth nicht darüber streiten, ob wirklich die Handelsverträge ein so wichtiger Faktor in der Entwicklung Deutschlands sind. Darüber sind die Wächter ja geteilt. — Vieles, was gestern der Abg. Gradnauer über den südafrikanischen Krieg gesagt hat, ist unabweisbar richtig. Nachdem ich aber die ganze Rede angehört hatte, kam ich zu dem Ergebnis: „Worte, Worte, nichts als Worte!“ Der Reichskanzler hat gestern geradezu mit Bismarckscher Offenheit die deutsche Politik festgelegt und seine Ausführungen haben während auf die öffentliche Meinung gewirkt. Wir wissen, daß wir die Boeren nicht helfen können, weil Deutschland allein nicht die Initiative ergreifen kann. Die Sozialdemokratie verfolgt in dieser Frage dieselbe Politik, wie im Innlande. Sie deckt alle Wunden auf und sucht möglichst zu erbittern, weiß dagegen keine Heilmittel, und wenn sie Heilmittel weiß, so sind sie gewöhnlich schlimmer, als die Wunden selbst. Bei dem südafrikanischen Kriege handelt es sich um ein Vernichtungswort gegen die Boeren, das meiner Uebersetzung nach nicht völlig gelingen wird. Ich möchte den Herrn Staatssekretär bitten, dafür zu sorgen, daß uns wenigstens die Werte der Rücksicht auf den südafrikanischen Kriegsschauplatz gestattet werden. Das ist alles, was wir thun können. Wie wollen die Sozialdemokraten überhaupt diesen Forderungen Raum schaffen, ohne ein starkes Heer und eine starke Flotte? Sie werden mit ihren Reden im Ausland wenig Eindruck machen. Deutschland steht aber unter Wilhelm II. doch etwas anders da als unter dem seligen Vordrucker! (Bravo! rechts.)

Abg. Vech-Stobung (Sf. Vp.): Herr Haffe hat die Alldeutschen als eine Unterabteilung der Nationalisten bezeichnet. Hat er dabei wohl an die Rolle gedacht, die die Nationalisten in Frankreich spielen? Die englische Kriegsführung gegenüber den Boeren haben die edelsten Gefühle im deutschen Volke wachgerufen. Diese Gefühle sind nicht erst entstanden durch den Alldeutschen Verband. Mit diesem Verband hat die Mehrheit des deutschen Volkes nichts zu thun. Er wirkt direkt störend und die große Masse des Volkes muß ihm entschieden entgegenreten. (Beifall links.)

Abg. Fürst Bismarck (willk.):

Herr Dr. Barth hat zweifelnd gefragt, ob der erste Reichskanzler jemals amtlich die Anerkennung gegeben hat, daß man in der Vermehrung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen der großen Nationen vorsichtig sein solle. Ich verweise auf die Reichstagsrede des ersten Reichskanzlers vom 5. Dezember 1875, in der diese Ansicht ausgesprochen ist. Unsere Beziehungen zu Rußland, zu Oesterreich und zu Frankreich bieten ja auch die beste Illustration dieser Ansicht. In Frankreich haben wir in den letzten 30 Jahren immer noch nicht diejenigen vertraulichen Beziehungen gewonnen, die wir wünschen könnten, trotzdem haben wir wirtschaftlich immer im tiefsten Frieden mit diesem Volke gelebt. Wenn Herr Dr. Barth die Caprivi'sche Handelsvertrags-Politik gefeiert hat, so glaube ich, es ist am besten, wenn man darüber den Mantel der christlichen Liebe deckt. (Choi! links.) Es ist nicht nur den informierten Staatsmännern und Nationalökonomien bekannt, sondern hat auch in den Zeitungen gestanden, daß die österreichischen Bevollmächtigten sich im Winter 1891 geäußert haben über die große Bereitwilligkeit Deutschlands, Oesterreich handelspolitische Konzessionen zu machen. Ich kann aus eigener Kenntnis hinzufügen, daß die österreichischen Bevollmächtigten erzählt haben, sie seien zu bedeutenden Zugeständnissen an Deutschland autorisiert gewesen, man habe aber auf deutscher Seite mit den Konzessionen solche Eile gehabt, daß sie gar nicht in die Lage gekommen seien, jene günstigen Bedingungen, die sie Deutschland bieten konnten, an den Mann zu bringen. (Hört! hört! rechts, Lachen links.) Es ist wohl heute allgemein anerkannt, daß die Handelsverträge im großen Ganzen nicht zum Vorteil unseres nationalen Wohlandes gedient haben. Es wird sich ja wohl auch für die jetzige Zolltarif-Vorlage eine weit größere Mehrheit finden als 1879. Damals waren es 20 Stimmen Majorität, diesmal werden sich für die Zolltarif-Vorlage, wenn man sich über einige Kleinigkeiten einigt, weit über 80 Stimmen Mehrheit finden. (Zuruf: Noch mehr!) Es wird jedenfalls eine sehr große Mehrheit sein. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Gradnauer (Soc.):

Die Art und Weise, in der der Vordrucker sich geäußert hat, bedeutet geradezu eine Verabwürdigung der Caprivi'schen Handelspolitik. Er hätte sich doch sagen sollen, daß er damit nicht nur das Andenken des Grafen Caprivi trifft, sondern auch das Verhalten der verbündeten Regierungen in jener Zeit und die Politik des Monarchen, des deutschen Kaisers (Widerpruch rechts), der bekanntlich den Abschluß des russischen Handelsvertrags einen Markstein in der deutschen Geschichte genannt hat und sich gegen die Gegner der Caprivi'schen Handelsvertragspolitik mit so scharfen Andeutungen wie „Wolwucher“ gewendet hat. Der Vordrucker sollte doch mit solchen Ausdrücken vorsichtiger sein und im allgemeinen sollten die Herren von der Rechten nicht bei dem Etat des Auswärtigen Amtes eine Obstruktion heraufbeschwören, indem sie den Zolltarif in die Debatte werfen; sie sollten diese Obstruktion lieber in der Zolltarif-Kommission treiben, wo sie ja schon mit soviel Erfolg die Debatten verzögert haben. (Heiterkeit links.)

Ich möchte auf einige Einwände, die gegen meine gestrige Rede erhoben sind, kurz erwidern. Nichts von dem, was ich gesagt und was ich gegenüber der Reichsregierung gesagt habe, ist widerlegt worden. Der Herr Abg. Dr. Haffe wird doch nicht etwa glauben, daß er wegen seiner Haltung zum südafrikanischen Kriege bei uns irgend welchen Eindruck machen könnte. Die

Sozialdemokratie hat ihre feindliche Stellung gegen die englische Kriegsführung viel eher eingenommen als der Herr Abg. Haffe, und die gesamte sozialdemokratische Presse hat zu der Frage Stellung genommen. Herr Haffe hat ja nicht einmal auf seine eigenen Parteifreunde Einfluß; da kann er doch unmöglich glauben, auf uns irgend welchen Einfluß ausüben zu können. Herr Arendt charakterisierte meine gestrige Rede als „Worte, Worte, nichts als Worte.“ Sie (nach rechts) klagen immer über die Zustände in Südafrika, und wenn ich dann frage, können wir nicht thun, um diese Oruel zu beseitigen, dann sagen Sie, wir machen nur in Worten. (Zuruf des Abg. Arendt: Wollen Sie denn den Krieg?) Nein, das ist eine falsche Auffassung unserer Ansicht. Nicht unsere Politik führt zum Kriege, sondern die Politik der Militär- und Marinevorlagen und Ihre ganze auswärtige Politik. Ich erinnere an die Chinapolitik. Da haben wir uns durch unsere Weltpolitik neue Weidungsflächen geschaffen, zum mindesten hat uns die Festlegung der nationalen Stellung Deutschlands erschwert. Die Politik meiner Partei führt nicht zu solchen Konsequenzen, wie Sie sie gezogen haben. Ich habe gestern nichts weiter gesagt, als festgestellt, daß die fetterlichen Verträge, die 1899 im Haag abgeschlossen wurden, nicht gehalten worden sind. Dadurch, daß Sie erklären, Sie können diese Staatsverträge nicht befestigen, helfen Sie der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung ein trauriges Zeugnis aus, nämlich daß sie nicht im Stande ist, die Pflichten der Humanität zu erfüllen. Besonders das Centrum, das sich eine christliche und humanitäre Partei nennt, heute aber in Sachen der Weltpolitik mit der Regierung durch dick und dünn geht, ist schon so weit gekommen, daß es auch hier den völkerrechtswidrigen Standpunkt der Regierung einnimmt.

Herr Dr. Vachem hat, wie die Redner der anderen Parteien, gemeint, die sozialdemokratische Resolution sei so zu sagen aberflüssig, denn die Regierung habe ja die Instrumente bereits der chinesischen Regierung zur Verfügung gestellt. Das ist doch aber ein seltsamer Standpunkt. Hier ist ein Unrecht getan und Sie müssen auch die Konsequenzen ziehen. Daß die Instrumente gar nicht ein so freiwilliges Geschenk der chinesischen Regierung waren, versteht man aus einem in der „Nordd. Allgem. Ztg.“ im November vorigen Jahres veröffentlichten Artikel. Es hieß da: „Die chinesische Regierung hat mit Rücksicht auf die hohen Kosten und auf die Schwierigkeiten des Rücktransports auf die Instrumente verzichtet.“ Diese Ausführungen widersprechen den gestrigen Worten des Reichskanzlers, wonach die Instrumente ein Geschenk von Regierung zu Regierung sein sollen. Diese Erklärung der „Nordd. Allgem. Zeitung“ beweist, daß die chinesische Regierung gar nicht daran gedacht hat, uns die Instrumente zum Geschenk zu machen. Wenn man sich ganz strikte auf den Rechtsstandpunkt stellen wollte, dann hat die chinesische Regierung nur erklärt: „Ja, wenn Ihr Deutsche bereit seid, uns die Sachen nach China zurückzugeben, dann werden wir sie selbstverständlich nehmen.“ Wenn auch die Mehrheit dieses Hauses unsere Resolution ablehnt, so bedauern wir diese Erfolgslosigkeit unseres Vorgehens keineswegs. Wir haben das getan, was wir vom völkerrechtlichen Standpunkt aus thun mußten und wissen, daß die Mehrheit des deutschen Volkes diesen Standpunkt billigt. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Antisemit):

Ich weiß aus dem Vogelreden des Abgeordneten Vech, daß er die gestrigen Sätze in sein Herz geschlossen hat. Aus der heutigen Rede habe ich mit Vergnügen ersehen, daß er auch die zweideutigen Vögel, die Sänge (Großes Gelächter), schätzen will. Die Haltung der Sozialdemokraten erklärt sich aus ihrem Prinzip, das Volk anzuführen zu machen. Was die Sozialdemokraten unter Humanität verstehen, das haben wir bei den Kämpfen der Kommune und den Versailles ja kennen gelernt. (Sehr richtig! rechts.) Ein Rest unzufriedener Stimmung bleibt bei dem Vorgang mit den astronomischen Instrumenten übrig. Aber so, wie die Dinge liegen, läßt sich nichts anderes thun, als was die Regierung getan hat. Würden die Instrumente jetzt zurückgegeben werden, so würde das chinesische Volk das sehr falsch verstehen, es könnte wieder zu Aufständen kommen und Europäer könnten ermordet werden. Das ist die Rücksicht, die wir nicht werfen können. Ja, wenn Herr Dr. Gradnauer so viel Einfluß auf die Kaiserin-Witwe von China besäße, daß jede Bedeutung einer solchen Rückgabe ausgeschlossen wäre, dann könnten wir ihm ja die Leitung des Rücktransports der Instrumente anvertrauen. (Große Heiterkeit rechts.) Die Boerenfreundlichkeit der Sozialdemokratie war nicht von Anfang an vorhanden. Im Gegenteil, bis in die Mitte des südafrikanischen Krieges hinein herrschte die Englandfreundlichkeit bei ihnen vor, und ich würde in Ihrer Presse wegen meiner Englandfreundschaft auf das bestigste angegriffen. In England hat man es mir nicht verdrast, wenn ich als deutscher Abgeordneter ein Urteil über Chamberlain ausgesprochen habe. Die Engländer thun das auch. Ueber die Amerikareise des Prinzen Heinrich hat das ganze deutsche Volk Veranlassung, sich zu freuen, wenn wir auch keine bestimmten politischen Vorteile davon zu erwarten haben. Mit Freuden haben wir es auch begrüßt, daß Prinz Heinrich sich nicht in der so ersten Stunde, da er am Grabe des großen Washington stand, hat fotografieren lassen wollen.

Was die Caprivi'sche Vertragspolitik anlangt, so kann ich die Mitteilungen des Fürsten Bismarck in Bezug auf Rußland ergänzen. Ein russischer Staatsrat, der bald nach dem Abschluß des russischen Handelsvertrages mit einem meiner näheren Bekannten eine Eifenbahnfahrt machte, äußerte sich hierüber: „Ihre Unterhändler haben das Geschäft nicht so gut verstanden wie wir, denn der russische Handelsvertrag ist in allen Punkten zu unseren Gunsten abgeschlossen mit Ausnahme eines einzigen Paragraphen, der die Ansprüche von Belgien auf Deutschland nach Rußland betrifft.“ (Heiterkeit rechts.) Wir hoffen, daß unsere Regierung niemals in die Geleise der Caprivi'schen Politik einleitet. (Beifall bei den Antisemiten.)

Staatssekretär Frhr. v. Rittthofen: Die Regierung wird auch ferner bereit sein, die Aktion des Boeren-Kommissioners nach Möglichkeit zu unterstützen. Nach den neuesten Nachrichten aus London können wir auf weiteres Entgegenkommen der englischen Regierung hoffen. Ein Eintreten für die Interessen der Missionare in Transvaal ist der Regierung vielfach dadurch erwünscht worden, daß diese Leute die deutsche Staatsangehörigkeit aufgegeben haben. Eine nennenswerte Herde Ausfuhr nach Südafrika hat im letzten Jahre nicht stattgefunden. Ein Herde-Ausfuhrverbot besteht in Deutschland ebenso wenig wie in irgend einem andern Staate. Ein solches Verbot würde für die Landwirtschaft auch nach vielen Richtungen hin nachteilig sein.

Abg. Ledebour (Soc.):

Herr Haffe hat mir Unkenntnis der südafrikanischen Verhältnisse vorgeworfen. Das war sehr unvorsichtig von ihm. Ich habe die Verhältnisse während meines Aufenthalts in England eingehend kennen gelernt und mich auch für die weitere Entwicklung der Verhältnisse lebhaft interessiert. Herr Haffe hat aber selbst eine ungläubige Unkenntnis der staatlichen Verhältnisse bewiesen. Er hat bezweifelt, daß die Engländer auf Grund der Haager Konferenz verpflichtet seien, den Boeren gegenüber die Bestimmungen der Haager Konferenzakte anzuwenden, weil ein Antrag von England Transvaal und der Orange-Freistaat von der Konferenz ausgeschlossen worden seien. Dieser Ausschluß ist aber erfolgt auf die Behauptungen Englands hin, daß es über diese beiden Staaten Suzeränitätsrechte zu beanspruchen habe. Die südafrikanischen Staaten haben diese Suzeränitätsrechte niemals anerkannt,

aber die Haager Konferenz hat diesen Entwand gelassen. Gerade wenn dieser Anspruch zu Recht bestünde, würde England nach den Haager Abmachungen verpflichtet sein, die Bedingungen der Haager Konferenz anzuwenden auf die zu ihm in Suzeränitätsverhältnis stehenden südafrikanischen Republiken. Herr Haffe warf uns die Mangelhaftigkeit der wissenschaftlichen Begründung unseres Standpunktes vor. Ich behalte mir vor, meine Anschauungen auf literarischem Gebiete noch ausführlicher zu begründen. Gerade bei den Alldeutschen laufen die Begriffe der Abstammungsgemeinschaft, der Sprachengemeinschaft und der Staatsangehörigkeit in heillosen Konfusion durcheinander. Daraus resultiert die unglaubliche Planlosigkeit ihres politischen Verhaltens. Die deutsche Reichsverfassung, auf die Herr Haffe exemplifizierte, gilt ebenso gut für die Reichsangehörigen polnischer, dänischer und französischer Junge, wie für die deutsche Junge. Herr Haffe verwechselt den Begriff der deutschen Reichsangehörigen mit den Angehörigen einer Sprachengemeinschaft, und dieser Mann will uns über nationale und staatsrechtliche Begriffe unterrichten! Die gesamte sozialdemokratische Presse hat von vornherein den Boerenzkrieg scharf verurteilt. Ebenso auch der Pariser internationale Sozialistenkongress unter Zustimmung der englischen Sozialdemokraten.

Herr Liebermann von Sonnenberg kam auf die Pferde-Einkäufe für England zu sprechen. Die „Deutsche Tageszeitung“ schrieb einmal über diese Pferdeforderungen nach Südafrika: „Wir haben nichts dagegen; entweder sind die Pferde brauchbar, dann können wir sie den Boeren, die sie den englischen Truppen doch bald abnehmen werden, oder sie bewahren sich nicht, dann werden unsere Kavaliere doch wenigstens ihre schlechten Pferde los.“ Das ist ein Standpunkt, dem außerhalb des Gedankenkreises der „Deutschen Tageszeitung“ niemand zustimmen kann. Nur die riesigen Pferdelieferungen nach Südafrika haben den Engländern die Fortsetzung des Krieges ermöglicht. Zwar äußerte auch eine Voere einmal, „so lange die Engländer Waffen haben, haben wir sie auch“, aber im Munde eines Vertreters der agrarischen Interessen klingt eine solche Äußerung wie eine schändliche Heuchelei. Aus demselben Diktandum ist ja auch das Wort gefallen, daß man fürchtlos dem Einfuhr des Himmels entgegengehen könne, wenn der 2 1/2 Mark-Poll bewilligt werde. Die Voeren könnten wohl das Horazische Wort für sich citieren, bei unsren Agrariern aber wirkt es als eine groteske Falschaffade.

Wir verlangen keine Intervention gegenüber England, die uns in die Alternative des Krieges führen könnte, wir wollen nur die Selbsterhaltungsfähigkeit der Reichslande, von der wir uns einen moralischen Erfolg versprechen. Auch meine Parteifreunde von Kol in Holland und Vandervelde in Belgien haben nicht verlangt, daß irgendwie eine kriegerische Haltung gegenüber England angenommen werden solle. Durch eine freundschaftliche Einmischung, wie wir sie verlangen, würde die Opposition in England gestärkt und die Regierung gezwungen werden, den Boerenzkrieg in einer Weise zu beenden, die die Voeren nicht zu willkürlichen Sklaven der Engländer macht. Auf meine besonderen Vorschläge, daß darauf hingewirkt werden möge, die Frauen und Kinder aus den Konzentrationslagern herauszubringen, ist die Regierung in gewohnter Weise die Antwort schuldig geblieben. Nun, keine Antwort ist auch eine Antwort. Es ist an einer Stelle bekanntlich das Wort gefallen, es seien nur die Frauen und Kinder in Deutschland, die mit den Voeren sympathisieren. Diese Behauptung trifft keineswegs zu. Es ist für mich ein Zeichen unmännlicher Denkwiese, wenn ein Mann sich den allgemeinen humanitären Gründen, deretwegen wir Sozialdemokraten für eine Beendigung des Boerenzkrieges eintreten, verschließt. Gerade dieser Krieg zeigt, zu welcher Korruption die imperialistischen Bestrebungen in der englischen Gesellschaft geführt haben. Es könnte einem erareifen darüber, daß heute noch solche Zustände in einer zivilisierten Gesellschaft möglich sind. Die Verfechter der abenteuerlichen Weltpolitik bei uns aber ermutigen die Regierung, auf denselben Bahnen zu wandeln. Im Prinzip ist unsere Weltpolitik und unsere damit in engster Verbindung stehende sogenannte Heimatspolitik das nämliche. Der Abgeordnete Fürst Bismarck war es ja, der in diesem Hause zuerst das Wort des englischen Diplomaten Baconsfeld citierte: „Mag es recht oder unrecht sein — es ist mein Vaterland.“ Herr Liebermann von Sonnenberg hat vor einiger Zeit dies Wort wiederum erwähnt. Ich bedauere, seiner Seele vielen Schmerz anhaben zu müssen, indem ich ihn darauf aufmerksam mache, daß er hier den Pfaden eines englischen Juden gefolgt ist. (Heiterkeit.) Wie sehr unsere bürgerlichen Parteien schon von der imperialistischen Politik angekränkt sind, beweist ihre Schwankung in Bezug auf die Forderung astronomischer Instrumente. Nichts war charakteristischer als die Worte des Herrn Dr. Barth, man solle doch nur möglichst Gras über die Geschichte wachsen lassen und die Instrumente beiseite lassen. Das wäre noch diamantlicher, als wenn man sie offen stehen läßt. Es wird kein Gras darüber wachsen, auch wenn man die Sachen in einem Winkel vertragen wollte. Wir verlangen die Klärung selbst auf die Gefahr hin, daß man der Kaiserin-Mutter in China irgend eine unangenehme Empfindung erwecken könnte, woran ich aber durchaus nicht glaube. Alle Annehmlichkeiten, die aus der Sache erwachsen könnten, bedeuten nichts im Vergleich zu der dauernden Schande, die uns aus dieser ruchlosen That erwachsen ist. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Vizepräsident Büsing: Herr Abgeordneter, diese letzten Worte verstoßen gegen die Ordnung des Hauses. Sie dürfen nicht von einer ruchlosen That der deutschen Regierung sprechen. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung.

Abg. Dr. Semler (natl.) wendet sich gegen die Errichtung von deutschen Handelskonsulaten im Ausland.

Abg. Dr. Barth (fr. Bg.) polemisiert gegen die Ausführungen des Abg. Fürsten Bismarck. Seit 1879 ist es dem Fürsten Bismarck als Reichskanzler nicht möglich gewesen, die Herrschaft über handelspolitischen Gebiete zu durchbrechen und Handelsverträge mit Rußland und Oesterreich abzuschließen. Was nützen alle schönen Vorbereitungen, wenn man nicht zu einem Resultat kommt. Nun sagt der Abg. Fürst Bismarck, daß wir einen viel besseren Handelsvertrag mit Oesterreich hätten abschließen können. Was führt er zum Beweise an? Eine Hintertreppengeschichte, die Herr Liebermann von Sonnenberg dann noch aus eignen Erzählungen erzählt lassen (Heiterkeit); solche diplomatische Klatsch sollte doch nicht zu ernsthafter Unterhaltung dienen. (Sehr richtig! links.) Den Agrariern mögen die Handelsverträge mit Rußland und Oesterreich nicht gefallen, aber es giebt ja noch andre Leute in Deutschland, die diesen Verträgen die größte Bedeutung beimessen. Wer hat denn diese Verträge abgeschlossen? Doch der Kaiser, die Reichsregierung. Um so eigenwilliger muß es berühren, daß angeführt so heftiger Angriffe auf diese Politik des Kaisers die gegenwärtige Reichsregierung vollkommen stumm bleibt. (Sehr richtig! links.) Ueberall herrscht Konfusion und Verwirrung, überall fehlt es an klarer Haltung. Es ist eine Situation, auf die kein aktiver Staatsmann stolz sein kann. (Bravo! links.)

Nach weiteren Venerungen der Abg. v. Hedenberg (Welfe), Dr. Haffe (natl.), Liebermann v. Sonnenberg (Anti.) und Wedh-Roburg (fr. Bg.) wird die Debatte geschlossen und das Gehalt des Staatssekretärs bewilligt.

Die sozialdemokratische Resolution wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der deutschen Volkspartei und des Abgeordneten W. nkel (fr. Bg.) abgelehnt.

Beim Kapitel „Gesandtschaften und Konsulate“ beschwert sich Abg. Schmidt-Worburg (C.) darüber, daß beim Austausch des diplomatischen Personals die Legationssekretäre allzu häufig veretzt werden.

Staatssekretär Herr v. Richthofen erklärt dieses im Interesse des diplomatischen Dienstes für notwendig.

Abg. Graf Vinburg-Stirum (L.): Es ist bei der Diplomatie undenkbar, daß die Beamten, wie es etwa bei den Juristen möglich ist, allzulange an einem Orte bleiben. Gerade die Legationssekretäre müssen möglichst viel in der Welt lernen.

Herr. Vebel (Soz.):

Ich würde den Vorkall, den ich zur Sprache bringen will, hier nicht vorbringen, wenn auf die erfolgte Beschwerde vom Auswärtigen Amte eine genügende Antwort erfolgt wäre. Das ist aber, wie mir mitgeteilt worden ist, nicht geschehen. Am 1. September v. J. begab sich die etwa 60-jährige Frau eines Schmiedes von ihrem Wohnort Rimmerst, einem Dörfchen, das etwa 100 Meter von der russischen Grenze entfernt liegt, nach einem russischen Ort, um dort Verwandte zu besuchen und bei dieser Gelegenheit auch am Gottesdienst teilzunehmen. Rann war sie dort angekommen, so erschien ein russischer Polizeibeamter und citierte sie aufs Polizeiamt. Dort wurde sie sofort für verhaftet erklärt, nach Liebau geschleppt und dort ins Gefängnis geworfen. Seit dem 1. September v. J. bis heute befindet sich diese Frau im Gefängnis zu Liebau. (Hört! hört! links.) Als Grund für ihre Verhaftung wird angegeben, daß ihr Mann in Rimmerst Verkehr mit russischen Unterthanen gehabt habe, die im Verdachte standen, Sozialdemokraten zu sein und die in ihrer Eigenschaft als Sozialdemokraten sozialdemokratische Schriften, die sie im Ausland hergestellt hätten, über die Grenze gebracht haben sollen. Ob diese Thatsache richtig ist, weiß ich nicht, aber selbst wenn sie richtig wäre, so kann doch daraus weder dem Mann noch der Frau der mindeste Vorwurf gemacht werden und die russischen Behörden können kein Recht daraus herleiten, in dieser Weise gegen die Frau vorzugehen. Die Frau wird uns übrigens als eine durchaus indifferente Person geschildert, die nur ihre litauische Muttersprache kennt und nicht einmal schreiben kann. Der Mann erhielt dann auf eine Beschwerde beim deutschen Konsul in Liebau am 25. September 1901 die Antwort, daß außer der Frau verschiedene russische Unterthanen in die Sache verwickelt seien und die weitläufige Untersuchung insofern nicht vor Ende Oktober beendet sein könne. Sollte sich die Unschuld der Frau herausstellen, so würde sie wahrscheinlich über die Grenze geschickt und ihr die Rückkehr nach Rußland verboten werden. Im andern Fall würde sie vor die Gerichte gestellt werden. Jetzt schreiben wir Anfang März und die Untersuchung ist noch immer nicht abgeschlossen. In einem vom 2. März datierten Briefe aus dem Alten Deutschlands wird mir mitgeteilt, daß die einzige Ursache, weshalb man die Frau bis heute im Gefängnis festgehalten habe, die sei, daß man von ihr verlange, beizunehmen, ihr namhaft gemachte Personen als Bekannte ihres Mannes anzugeben. Für diesen Fall habe man ihr die Freilassung in Aussicht gestellt. (Hört! hört! links.) Das wäre ein gemeiner Erpressungsversuch der russischen Behörden, ein in jeder Beziehung unangehöriges und ungeschickliches Verhalten gegenüber den internationalen Verpflichtungen, die eine Regierung gegen die andre zu beobachten hat. Wir sprechen so viel von der Würde und Ehre Deutschlands. Hier liegt für das Auswärtige Amt alle Veranlassung vor, mit aller Energie darauf zu dringen, daß die Frau von der russischen Regierung, falls kein Schuldbeweis gegen sie erbracht werden kann, sofort freigelassen wird. Es bestehen die beiden Möglichkeiten, daß entweder der Frau die beteiligten Personen nicht bekannt sind, oder daß sie soviel Ehrgefühl hat, um diese Leute der russischen Regierung nicht preiszugeben. Im letzteren Falle verdient ihr Verhalten sogar die höchste Anerkennung. Weiterhin ist der Schmied in Rimmerst von jenem Augenblick an auf preussischem Boden fortgesetzt von russischen Geheimpolizisten beobachtet worden. (Hört! hört! links.) Eines Abends ist der Versuch gemacht worden, ihn mit Gewalt über die Grenze zu schleppen. Er hat sich dem durch den Widerstand, den er geleistet hat, entzogen, ist aber seit jener Zeit nicht ohne geladene Revolver ausgegangen, um beim ersten weiteren Gewaltversuch den betreffenden russischen Polizisten sofort niederzuschießen. Er hat aber auf den Rat seiner Freunde in Rimmerst aufgegeben, ist jetzt in Liebau angekommen und wohnt jetzt in Rußland. Auch dort wird er fortgesetzt von russischen Geheimpolizisten verfolgt. Was haben diese Leute auf deutschem Boden zu thun? Diese Zustände kann sich die deutsche Regierung unter keinen Umständen gefallen lassen. Ich bin bereit, dem Staatssekretär persönlich nähere Angaben über den Fall zu machen. Die kränklische und ganz mittellose alte Frau muß so schnell wie möglich aus ihrer schrecklichen Lage befreit werden. Ich frage den Staatssekretär: Ist ihm die Sachlage bekannt geworden? Zweifeln, wenn dies der Fall ist, warum hat er in der Sache noch nichts gethan? Drittens, ist er geneigt, auf Grund meiner heutigen Ausführungen in Petersburg vorstellig zu werden? (Beifall bei den Sozialdemokraten.) — Auf links: „Schicken wir doch einen Prinzen hin!“ — (Große Heiterkeit.)

Staatssekretär Herr v. Richthofen:

Wenn Herr Vebel die Freundlichkeit gehabt hätte, mir vorher mitzutheilen, daß er diesen Fall hier zur Sprache bringen würde, wäre ich in der Lage gewesen, die Akten des Auswärtigen Amtes daraufhin einzusehen, ob in ihnen etwas über den Fall enthalten ist. Aus der Darstellung des Abg. Vebel geht nur hervor, daß dem Konsul in Liebau die Sache bekannt geworden ist. Es mag sein, daß sie auch an das Auswärtige Amt gelangt ist, zu meiner persönlichen Kenntnis ist sie aber nicht gekommen. Ich kam mit Rücksicht darauf die weiteren Fragen des Abg. Vebel nicht bestimmt beantworten, ich muß zunächst das Aktenmaterial in der Hand haben. Ich muß sehen, ob die Darstellung des Abg. Vebel nicht vielleicht doch eine einseitig gefärbte war, und ob nicht die russische Regierung ihrerseits eine ganz andre Anschauung von der Sache hat. Ich werde sofort eine Prüfung über den Fall vornehmen lassen und danach beurteilen, ob auf Grund des Sachverhalts eine Beschwerde von uns in Petersburg zu erheben ist.

Abg. Vebel (Soz.):

Ich habe ausdrücklich erklärt, daß ich die Angelegenheit nur deshalb zur Sprache gebracht habe, weil mir mitgeteilt worden ist, eine beim Auswärtigen Amt erhobene Beschwerde habe keinen Erfolg gehabt. Deshalb habe ich auch den Staatssekretär von meiner öffentlichen Anfrage nicht vorher unterrichtet, was ich sonst sicher gethan hätte. Ich habe nunmehr meinen Zweck erreicht; der Staatssekretär ist von dem Fall unterrichtet; werden ja sehen, was daraus weiter erfolgt. Ich nehme als selbstverständlich an, daß wenn der Fall so liegt, wie ich mitgeteilt habe, auch der Staatssekretär der Ansicht ist, daß die russischen Behörden sich hier schwere Uebergreife gegen einen deutschen Staatsangehörigen haben zu Schulden kommen lassen.

Abg. Vichhoff (fr. Bg.) führt Beschwerde über Schwierigkeiten, die man einem deutschen Woffenhändler in seiner geschäftlichen Thätigkeit in Rußland gemacht habe. Dies Verhalten der russischen Behörden widerspreche den deutschen Handelsinteressen.

Staatssekretär Herr v. Richthofen: Die Einfuhr von Feuerwaffen von demselben Kaliber, wie es in der russischen Armee eingeführt ist, ist verboten. In Konsequenz dieser Maßnahme hat dann der russische Finanzminister in Einverständnis mit dem Kriegsminister die Einfuhr von Feuerwaffen aus dem Ausland überhaupt verboten. Wir können nicht behaupten, daß ein solches Einverbot dem Texte unseres Handelsvertrages mit Rußland widerspreche und insofern nicht in der Lage, gegen dieses Verbot zu protestieren.

Beim Kapitel „Orientalisches Seminar“ verlangt Abg. Herr v. Hertling (C.) Unterrichtskurse für Konsularbeamte im Konsular- und Kolonialrecht.

Staatssekretär Herr v. Richthofen begrüßt die Anregung mit Freuden und wird sich mit der preussischen Regierung in Verbindung setzen.

Beim Kapitel „Allgemeiner Fonds“ hat die Budgetkommission beschlossen, den Zuschuß an die Deutsche Kolonialgesellschaft für die Schaffung einer Auskunftsstelle für Auswanderer in Höhe von 30 000 M. zu streichen und denselben Betrag unter die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats aufzunehmen.

Staatssekretär Herr v. Richthofen drückt das Einverständnis der Regierung mit dieser Aenderung aus.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Bg.): Die Kolonialgesellschaft steht nicht über den Parteien, sie ist einseitig in ihren Maßnahmen und soll sich erst bewähren. Sie verdient nicht ein solches Vertrauen. Medner beantragt die Streichung des ganzen Betrages.

Staatssekretär Herr v. Richthofen: Mit der Einstellung dieser Summe ist nur eine einstimmig gefasste vorjährige Resolution des Reichstags erfüllt worden.

Abg. Dr. Haffe (natl.) bittet, den Antrag der Budgetkommission zu genehmigen, obwohl er es für geboten erachtet, die Ausgabe zu einer dauernden zu gestalten. Die Engländer suchen jetzt durch eine Broschüre Deutsche zur Auswanderung nach Kanada unter trügerischen Vorpiegelungen zu verlocken. Gegen solche Machenschaften muß eine Auskunftsstelle errichtet werden. Die Kolonialgesellschaft ist hierzu durchaus geeignet.

Abg. Frese (fr. Bg.): Es ist außerordentlich schwierig, den Leuten bei der Auswanderung einen Rat zu geben. Geht es den Leuten gut, dann ist alles in Ordnung, geht es ihnen aber schlecht, dann kommen die Klagen, und auf die Regierung, die die Summen für die Auskunftsstelle hergegeben hat, fällt die Verantwortung. Ich halte es für bedenklich, einer solchen Auskunftsstelle durch Gewährung einer Subvention gewissermaßen einen amtlichen Charakter zu geben. Höchstens kann die Summe auf ein Jahr bewilligt werden.

Abg. Vebel (Soz.):

Wir haben es bei dieser geplanten Auskunftsstelle offenbar mit einem offiziellen, wenn nicht gar offiziellen Bureau zu thun. Der Reichskanzler ist gar nicht in der Lage, die Aufsicht über ein solches Institut zu übernehmen mit Rücksicht auf die große Verantwortung, die damit verbunden ist. Jedes Uebel, das den Auswanderer trifft, würde dem Reichskanzler zur Last gelegt werden. Durch diesen offiziellen Charakter erhält das Institut ein ganz andres Gesicht, als der Reichstag es sich seiner Zeit gedacht hat. Ob die 30 000 M. auf ein Jahr oder dauernd bewilligt werden, erachte ich im Grunde für ganz gleichgültig. Haben Sie die Summe erst einmal bewilligt, dann müssen Sie sie im nächsten Jahre logischerweise wieder bewilligen. Sind die ersten 30 000 M. bewilligt, dann wird das Bureau erst einmal eingerichtet. Darüber vergehen eine Reihe von Monaten, das Bureau gar nicht berichten kann und ebensovienig die Reichsregierung. Der logische Schluß ist dann, daß zum zweitemal 30 000 Mark bewilligt werden können. Die deutsche Kolonialgesellschaft ist auch gar nicht die Organisation, der die Ausführung eines solchen Gedankens anvertraut werden kann. Arenberg meinte, daß in der Kolonialgesellschaft Angehörige aller Parteien säßen. Für meine Partei muß ich das auf das entschiedenste bestritten; aber auch andre Parteien, z. B. die Deutsche Volkspartei, sind meines Wissens nicht in der Gesellschaft vertreten. Die Deutsche Kolonialgesellschaft ist eine Agitationsgesellschaft, die auf öffentliche Gebiete Einfluß zu erwerben sucht und thätiglich auch für die Entwicklung unserer Kolonien von geradezu unheilvoller Bedeutung ist. (Sehr richtig! bei den Soz.) Einer solchen Gesellschaft dieses Institut anzuvertrauen, dazu kann ich mich nicht entschließen. Die Anschauungen, die die Gesellschaft in Bezug auf das Kolonialwesen hat, würde sie auch bei der Auskunftsstelle in den Vordergrund stellen. Herr Haffe hat auch von dem Circular gesprochen, in dem die Engländer Propaganda für die Auswanderung nach Kanada machen. Ich kann ihm nur sagen, es ist für die Auswanderer besser, als Kolonialbänder nach Kanada zu gehen als nach Ost- oder Westafrika. In Kanada haben sie viel mehr Aussichten als in Afrika. Gerade die Worte Haffes zeigen, wie außerordentlich bedenklich es ist, eine bestimmte Tendenz mit der Auskunftserteilung zu verbinden. Ich bitte Sie deshalb, die Forderung abzulehnen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Cahensly (C.) rühmt die Bestrebungen des Raphael-Vereins, der schon seit drei Jahrzehnten redlich bestrebt sei, die Interessen der armen Deutschen im Auslande wahrzunehmen. Kanada sei kein geeigneter Boden für deutsche Auswanderer; überall würden sie besser ihr Auskommen finden als gerade dort. Die Bewilligung der 30 000 M. würde einen erfreulichen Schritt in dem Vorgehen der Regierung zum Schutze der Deutschen im Auslande bilden.

Abg. Dr. Stöckmann (Rp.): Die deutsche Kolonialgesellschaft hat sich nicht dazu gedrängt, diese Auskunftsstelle einzurichten, sondern sie hat sich auf die Aufforderung der Regierung hin in patriotischem Gefühl dazu bereit erklärt. Das sollte ihr der deutsche Reichstag danken. Ich möchte empfehlen, den Betrag entsprechend der Regierungsvorlage unter die dauernden Ausgaben aufzunehmen.

Darauf verlegt sich das Haus.  
Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Dritte Lesung des Nachtrags-Etats; Fortsetzung der heutigen Beratung; Kolonial-Etat; Garantievorlage für die ostafrikanische Centralbahn.)  
Schluß 6 1/2 Uhr.

## Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstags verhandelte Dienstag über den Antrag Gröber (C.), betreffend das Postübereinkommen zwischen dem Reiche und Württemberg wegen der Postverträge. Der Antrag verlangt Vorlegung des Uebereinkommens, um dem Reichstag die Prüfung zu ermöglichen, ob das Uebereinkommen eine Abänderung der Bestimmungen der Reichsverfassung enthalte und Mittelungen darüber, welche Wirkung dieses Uebereinkommen auf den Betrag der zur Reichskasse fließenden Einnahmen aus Porto-gebühren habe.

Nachdem der Staatssekretär des Reichspostamts Kraetke sich gegen den Antrag Gröber ausgesprochen hat, erklärt der Ministerialdirektor Schneider (Württemberg), daß das württembergische Reservatrecht durch das Postübereinkommen nicht berührt werde. Aus verkehrspolitischen und materiellen Gründen sei das Uebereinkommen zu begründen.

Abg. Singer (Soz.): Der Abschluß des Uebereinkommens sei erfreulich, das hindere aber nicht, in eine Prüfung desselben einzutreten; hierbei sei die Mitwirkung des Reichstags erforderlich. Es wäre richtiger gewesen, das Abkommen dem Reichstage zur Kenntnisnahme vorzulegen.

Abg. Gröber (C.) zieht seine Resolution zurück und stellt den Antrag, die Konvention dem Reichstag zur verfassungsmäßigen Genehmigung vorzulegen.

Abg. Singer (Soz.) erklärt, daß er und seine politischen Freunde gegen diesen neuen Antrag stimmen würden.

Der neue Antrag Gröber wird gegen die 8 Stimmen der Centralpartei abgelehnt.

Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr. Zur Beratung steht die allgemeine Finanzierung des Etats, außerdem die vom Plenum in die Kommission zurückerwiesenen Titel betr. die Einnahmen des Etats der ostafrikanischen Expedition.

## Partei-Nachrichten.

Zehn Jahre als Tageblatt bestand am 1. März unser Saalfelder Parteiblatt. Es ist dem Kern nach das kleinste unserer Parteiblätter, hat aber trotzdem stets mit Eifer und Geschick die Interessen der Arbeiterklasse vertreten. Möge es mit der Zeit dazu gelangen, auch größere Mittel zur Führung des Kampfes aufzuwenden.

Eine merkwürdige Geschehnismittel bewies ein Polizeikommissar in Breslau, der eine öffentliche Wählerversammlung unter Partei zu überreden hatte. Er verlangte die Entfernung der anwesenden Frauen, da diese zu politischen Versammlungen keinen Zutritt hätten. Er ließ sich auch durch die Hinweise des Vorsitzenden auf die gesetzlichen Vorschriften nicht befehlen und deshalb wurden die Frauen entfernt. Der Redner, Genosse Peus, benutzte diesen Vorgang natürlich in seinem Vortrage zu Vergleich mit dem Verhalten der Polizei gegenüber den Landwirtebündlern im Circus Busch und den Erklärungen Hammersteins im Landtage, und das Vorgehen der Beamten hatte so nur den Erfolg, den Versammelten das Unrecht, unter dem Socialdemokraten zu leiden haben, recht eindringlich zum Bewußtsein zu bringen. Der Erfolg des Abends war daher ganz auf unserer Seite.

Bei dieser Gelegenheit sei übrigens auf den § 21 Absatz 2 des preussischen Vereinsgesetzes hingewiesen, der sogar für Wahlvereine, also solche, die nach Ausschreibung einer Wahl zur Vertretung der Wähler gebildet werden, die Beschränkungen des § 8 vollständig aufhebt. Es dürfen also Frauen solchen Vereinen angehören. Um so sonderbarer wirkt das polizeiliche Verlangen, die Frauen aus einer öffentlichen Versammlung auszuweisen, die den Betrieb der Wahlen bezweckt.

Einen schweren Verlust haben unsere Parteigenossen in Christiania erlitten. In dem Gebäude, in dem sich Druckerei und Redaktion unseres dortigen Parteiblattes „Socialdemokraten“ befinden, brach am Freitag Feuer aus, wobei Druckerei, Segerei und Redaktion vollständig ausbrannten. Dabei gingen auch eine ganze Anzahl Papiere und Manuskripte, sowie verschiedene eben fertig gestellte Auflagen von Druckschriften verloren. Nur die Bücher und Papiere des Geschäftsführers blieben unversehrt. Der Schaden ist durch Versicherung nur zum kleinen Teil gedeckt.

Ueber die Parteiverhältnisse in Sachsen und die Bewegung im vergangenen Jahre erstattet das Centralkomitee einen ausführlichen Bericht. Wir erfahren daraus, daß von den 23 sächsischen Reichstags-Wahlkreisen 16 Vereine haben, die den ganzen Wahlkreis umfassen, Wahlkreisevereine. Außerdem bestehen noch in 18 Kreisen 125 lokale Vereine. Zusammen hatten die Vereine 25 737 Mitglieder (nach Abrechnung der doppelt organisierten). Die Beiträge schwanken zwischen 5 Pf. monatlich (das sind Kreisvereine in Kreisen, wo daneben noch lokale Vereine bestehen und die Genossen meist beiden Vereinen angehören) und 10 Pf. wöchentlich. Der Bericht des Komitees weist aber mit Nachdruck darauf hin, daß Sachsen finanziell mehr leisten müsse wie bisher. Ein Beitrag von 5 Pf. im Monat ist in der That so geringfügig, daß davon keine Agitation bestritten werden kann.

Das Agitationskomitee hatte eine Einnahme von 6549 M. Strafen wurden über sächsische Parteigenossen 2 Jahre 4 Monate und 24 Tage verhängt neben 9606 M. Geldstrafe. Der Abnehmer-

stand der Parteiblätter hat unter dem Druck der Krise leider keine Besserung erfahren, doch konnten Verluste an Abonnenten vermieden werden.

Der Bericht giebt auch eine Probezusammenstellung von der Entwertung der Wähler durch das Dreiklassenstimmrecht für die Landtagswahlen. Danach standen in 7 Kreisen den 2968 Wählern erster Klasse 62 663 Wähler dritter Klasse gegenüber.

Von der Agitation gegen den Brotwucher wird mitgeteilt, daß 206 Versammlungen mit ungefähr 126 000 Besuchern abgehalten wurden. Außerdem wurden mehrere Flugblätter in großer Auflage verteilt. Für unsere Protestpetition kamen in Sachsen 482 860 Unterschriften auf.

Auch die sonstige Agitation wurde sehr lebhaft betrieben und namentlich eine große Anzahl Arbeiterinnenversammlungen zur Förderung des Arbeiterkampfes veranstaltet.

Bei den Gemeindevahlen in Freyheim wurden die beiden socialdemokratischen Kandidaten gegen die vereinigten Gegner gewählt.

### Polizeiliches, Gerichtliches u. s. w.

— Wegen Kalenderverbreitung wurden sechs Parteigenossen vom Schöffengericht in Halle bestraft. Sie hatten in der Weise verbreitet, daß zwei Mann mit Vorrat auf der Straße auf und ab gingen und die andern vier von Haus zu Haus gingen. Darin wurde die öffentliche Verbreitung gefunden, obwohl nicht festgestellt worden ist, daß Kalender an einzelne Empfänger auf der Straße abgegeben worden sind. Die Verteilung soll aber auch erwerbsmäßig betrieben worden sein. Ein Zeuge bekundete, daß einer der Verbreiter ihm 10 Pf. für den Kalender abverlangt und daß er dies auch dafür bezahlt habe. Daraus schloß das Gericht, daß alle vier Verteiler die Kalender verkauft haben, obwohl die Angeklagten dies entschieden in Abrede stellten. Es verurteilte deshalb die vier Genossen, die von Haus zu Haus gegangen waren, zu je 36 M. Geldstrafe als der doppelten Gewerbesteuer, die beiden andern wegen öffentlicher Druckschriftenverteilung zu je 6 M. Geldstrafe.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.  
S. 15089. Anfang April beginnt in den sächsischen Fortbildungsschulen ein Kursus in der englischen und französischen Sprache. Der Unterricht kostet halbjährlich 4 M. Weiden Sie sich in der Schule Reichensbergerstraße 44 45.  
S. 15090. Die Einwendungen lauten beide gleichzeitig, deshalb konnte die Frage nicht verhandelt werden. Grub.  
S. 15091. Die Briefe schwanken. Am besten fragen Sie bei der Berliner Filiale der Hamburg-Amerikanische, Unter den Linden 5, an die Ihnen auch über die genaue Fahrzeit und die in New York aufzunehmende Summe Auskunft geben wird.

S. 15087. In der zu Hamburg gehörigen Vorstadt St. Georg liegt der Gampplatz.  
H. 45. 1903. Vielleicht hilft Ihnen der Berliner Frauenverein zur Abhilfe der Not unter den kleinen Handwerkerinnen und Fabrikanten. Der Verein gewährt Darlehen in Höhe von 15-160 Mark. Vorsitzende ist Frau Ida Selanowson, Charlottenburg, Hardenbergstr. 18.  
301. Die Forderung ist noch nicht verjährt. — S. N. 1-4. Ja. Sie hätten vor dem Termin Klagenaufnahme vorantreiben und auch die Kosten beim Anwalte zahlen lassen, dann wären etwa 12 M. Kosten erspart worden. — C. N. Sie müssen schlicht bei der Steuerdeputation reklamieren; Sie haben nur für die Zeit Gemeindefremden zu zahlen, in der Sie hier wohnen. Fragen Sie Ihrer Reklamation die Beträge über Ihre Steuerzahlungen bei. — C. S. 26. Geingelegte Körperliche Fehler. — S. G. Adlershof. Ja. — S. P. 3. Nein. — J. B. Sie können sich jederzeit an die Verleibungsabteilung im Kriegsministerium, Weipertstr. 5, wenden. Das Staatsjahr läuft vom 1. April ab. — S. Z. 44. Um Eintritt zum Reichstag zu erhalten, müssen Sie sich an das Reichstagsbüro um 9 Uhr vor der Sitzung (Vorarl IV) wenden. Sie können auch einige Tage vor der Sitzung an den Abgeordneten Helfer wegen einer Einladungskarte schreiben und müssen diese an dem betreffenden Sitzungstage im Reichstag abholen. Bei der kleinen Zahl von Zuhörern und dem großen Andrang ist nicht mit Sicherheit vorauszusagen, ob Sie eine Karte erhalten. — M. S. 109. Nein. — Willy Werner. Sie könnten mit Rücksicht auf Erfolg auf Rückgabe des Geldes klagen, müssen aber Ihre Frau bereit annehmen und für ihren vollen Unterhalt sorgen. — S. D. 99. Am ersten. Die Klärung einer Wohnung muß in Berlin bei ausbleibenden zwei Wohnzimmern und Zubehör bestehende Wohnungen am 1. bei aus drei bis vier Wohnzimmern und Zubehör bestehenden Wohnungen am 2. April um 12 Uhr mittags und bei größeren Wohnungen am 3. April um 12 Uhr mittags beantragt sein. Unter Zubehör sind Kaminen, Röhren, Kammern, Bodenräume, Verstell- und Vorstellstühle zu verstehen. Bei Wohnungen, die aus drei Zimmern bestehen, muß jedoch am 1. April ein Zimmer, bei größeren zwei Zimmer bereits vollständig geleast und dem einzulebenden Mieter zur Verfügung gestellt werden. Leihen reduziert nicht als Wohnzimmern; ebenso wenig Schenkräume. — W. R. Weihenstephan. — Emma 1901. Rechtzeitige Kündigung. In Ihrem Verträge als Kündigungsfrist drei Monate und drei Tage vereinbart, so muß die Kündigung spätestens am 28. März Ihrem Wirt zugegangen sein, um rechtzeitig zu sein. In Ihrem Verträge zwei Monate als Frist vereinbart, so muß die Kündigung spätestens am 31. März dem Wirt zugegangen sein. In dem Verträge nicht über die Kündigungsfrist vereinbart, so ist eine am 3. April dem Wirt erklärte Kündigung rechtzeitig. Die angegebenen Fristen gelten auch dann als innegehalten, wenn der Wirt die Ausnahme an dem betreffenden Tage 25. 31. März, 3. April) ablehnt, zum Beispiel weil auf dem Briefe der Wirt nicht angegeben ist, oder weil er einen frankierten (eingeschriebenen oder nicht eingeschriebenen) Brief nicht annehmen will, oder weil er nur bis 6 Uhr abends Briefe annimmt, oder wenn die Briefe rechtzeitig eingelaufen war, der Wirt aber erst an einem späteren Tage Kenntnis von dem Briefe genommen hat, oder wenn der Wirt verweilt, ohne für einen Vertreter zu sorgen, dem der Brief abgegeben werden kann und dergleichen; kurz: in allen Fällen, in denen durch Schuld des Vermieters die Kündigung überhaupt oder verspätet zur Kenntnis des Vermieters gelangt, gilt die Frist als gewahrt, ist also die Kündigung rechtzeitig. Was gegenüber dem Wirt nach dieser Richtung hin geltend ist, ist es auch gegenüber dem Mieter, dem gekündigt wird. — C. Rein. R. N. Ja.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

### Theater.

Mittwoch, den 5. März.  
Opernhaus, Margarete. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schauspielhaus, König Lear. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues Opern-Theater (Kron), Geschlossen.  
Schiller, Der Jongleur. Anfang 8 Uhr.  
Deutsches Haus, Anfang 7 1/2 Uhr.  
Berliner, Limon. — Der Dahn. — Die Fahrt über den Stur. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Leffing, Die Kollegin. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neubau, Ein galanter Richter. — Vorher: Fahrt vor der Schwiegermutter. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues, Das ewig-Weibliche. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Westen, Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Sereffionsbühne, Der Ellenkranz. — United Bretil. Anfang 8 Uhr.  
S. v. Wolzogens Bunte Theater (Neubau), Anfang 8 Uhr.  
Schauspielhaus, Zwischenstücke. Anf. 8 1/2 Uhr.  
Trianon, Coralle u. Co. Anfang 8 Uhr.  
Central, Das süße Mädel. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Thalia, Seine kleine. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Luisen, Die weiße Dame. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Carl Weisk, Das Jungfernstift. Anfang 8 Uhr.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches, Der Obersteiger. Anf. 7 1/2 Uhr.  
Belle-Alliance, Die Dame aus Trouville. Hierauf: Cr. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Cepheus, Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
Charivari, Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
Metropol, Re feine Nummer. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
Hypoko, Don Juan in der Hölle. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
Cassio, Theater, Lustige Brüder. — Chor. — Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
Palast, Spezialitäten-Vorstellung. Die Weichenfee. Anfang 8 Uhr.  
Passage, Theater, Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.  
Passage, Panoptikum, Spezialitäten-Vorstellung.  
Urania, Taubenstr. 48/49. (Im Theater) Abends 8 Uhr. Frühlingsstage an der Riviera.  
Zubehörstraße 57/62. Täglich: Sternmarie.

### Urania.

Tauben-Strasse 48/49.  
Im Theater um 8 Uhr:  
Frühlingsstage an der Riviera  
Invalidenstr. 57/62.  
Tägl. Sternwarte.  
Castans Panoptikum  
Friedrich-Strasse 165.  
Neu! Präsident Roosevelt  
Miss Alice Roosevelt.  
Neu! Italienische Konzertkapelle „Humberts“ a. Venedig.  
Neu! Der Boerenkrieg!  
Riesengemälde aus dem Transvaal-Kriege, nach der Natur aufgenommen.

### Central-Theater.

Heute Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr:  
Das süße Mädel.  
Operette in 3 Akten von G. Reinhardt.  
Morgen und folgende Tage: Das süße Mädel. Sonnabendnachmittag 4 Uhr, halbe Preise, jeder Erwachsene hat ein Kind frei: Zehnweibchen bei den sieben Zwergen. — Sonntag nachmittag 3 Uhr, halbe Preise: Die Geisha.  
Thalia-Theater.  
Dresdenerstrasse 72/73.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
Seine kleine.  
Große Ausstattungsspiel mit Gesang und Tanz in 3 Akten.  
Paula Worm a. W., Guido Heilscher, Gerda Walde, Helmerding, Paul Müller, Bojé, Wamboldt. „Hab'n Sie nicht den kleinen Cohn gesehen?“

### Passage-Theater.

Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5, Ende 11 Uhr.  
Beginn des Abendprogr. 8 Uhr.  
Der kleine Cohn ist da!  
Burleske in einem Akt.  
Der Bajazzo und sein Kind.  
16 erstklassige Spezialitäten 16

### E. von Wolzogens

Buntes Theater (Neubau) Köpenickerstr. 68.  
Heute abend 8 Uhr u. a.: „Atelier-Spektakel“, „Nora-Parodie“, „Zufall“ von Faldia, „Strohwitwe u. Strohwitwe“, „Satirisches Schattenbänkeli“: Bozema Bradsky, Kompositionen und Begleitung Oskar Strauss.

### Casino-Theater.

Rathh. Str. 37.  
Ab 1. März vollständig neu: erstklassiges Spezialitäten-Programm! Dazu „Lustige Brüder“ mit Richter, „Chros“ mit Berg. Anfang Wochent. 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2 Uhr.

### Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.  
Abends 8 Uhr:  
Das Jungfernstift.  
Operette in 4 Akten von Ernst Ginnot. Musik von Jean Gilbert.  
Donnerstag: Preciosa. — Freitag: Gasparone. — Sonnabend: Das Jungfernstift. — Sonnabendnachmittag 4 Uhr: Max und Moritz. — Sonntag nachmittag: Cithello. — Sonntagabend: Gasparone.  
Schall und Rauch (Kleines Theater)  
Unter den Linden 44.  
Mittwoch, 5. März, abends 8 1/2 Uhr: Gastspiel von Eman. Reicher. Die Frau des anderen, Komödie in 1 Akt von Latakö. Geschichten vom toten Rabbi, improv. Soloscene von Eman. Reicher. Serenissimus-Zwischenspiele. — Bauernkomödi. Abschiedssooper.

### Palast-Theater

(früher Jean-Palast) Burgstr. 22.  
Direktion R. Winkler u. W. Fröbel.  
Das neue große März-Programm!  
12 neue Nummern.  
Großer Erfolg!  
Jack u. Jerry, Fanny Behrens, Richards-Truppe, Charles-Trio, Fredoff.  
Neu! Dazu um 8 1/2 Uhr: Neu! Die Weichenfee.  
Berliner Ballspiel mit Gesang in 2 Akten.  
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Billet-Vorverkauf v. 11-1 Uhr.

### Belle-Alliance-Theater.

Die Dame aus Trouville.  
Gast-Sondermann a. W. Ferd. Worms, Miss Birner, Rosa Barton.  
Hierauf: Cr. Lebendbild in 1 Akt.  
Adele Hartwig u. Leopold Thurner a. W. Anf. 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
W. Noacks Theater.  
Dammstr. 16.  
Verlorene Ehre.  
Schauspiel in drei Aufzügen von Hofmann-Meyer.  
Donnerstag:  
Bajazzo und seine Familie.

Wo amüsiert man sich grossartig?  
In Schogelsbergs Festhallen  
Inhaber: Max Schindler  
Hasenheide 21 und Jahnstrasse 8.  
Heute: Großer Ball verbunden mit Cigarren-, Pöndon-Regen und diversen Ueberraschungen.  
Entree: Mittwochs frei, Sonntags 15 Pf.  
Täglich: Spezialitäten-Vorstellung. Entree frei. 23232

### Germania-Prachtsäle

Chausseestr. 103. Arnold Scholz.  
Jeden Mittwoch und Sonntag:  
Hamburger Sänger. 34240

### Metropol-Theater

Thomas, Bender, Josephi.  
Mit vollständig neuer prachtvoller Ausstattung:  
'ne feine Nummer!  
Burleske Ausstattungsspiel mit Gesang und Tanz in 1 Vorspiel und 4 Bildern von Julius Freund.  
Im 4. Bilde:  
Franchens Geburtstagstisch.  
Anfang 8 Uhr.  
Ranchen über all gestattet.

### Apollo-Theater.

Kolossaler Erfolg der neuen Spezialitäten!  
The 3 Milons Martin Kottner  
Milly Capell  
3 Avolos Sam Elton  
Willi Walden  
The Leamy-Troupe  
Der Kosmograph. Vorher:  
Don Juan in der Hölle  
Anfang 8 Uhr.

### Reichshallen.

Täglich:  
Stettiner Sänger.  
Anfang Wochent. 8 Uhr  
Sonntags 7 Uhr.

### Sanssouci

Kottbuserstr. 4 a.  
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:  
Hoffmanns Norddeutsche Sänger  
Nach jeder Soire:  
Tanzkränzchen.  
Sonntag Anf. des Konzerts 5 Uhr, der Soire 7 Uhr.  
Entree 50 Pf. nun 40 Pf.  
Wochentags Anf. 8 Uhr. Entree 30 Pf. Sperrst. 50 Pf. — Tanz frei. Berechtigt ist gültig.

### Cirkus Schumann.

Heute Mittwoch, den 5. März, abends präcise 7 1/2 Uhr:  
Grande Soires equestre.  
U. a.: Reut She, die 4 Clemente, Kolossaler Erfolg! Revue! Flix Klary avec son Act comique. Reu! Tandem ohne Zügel in der hohen Schule geritten vom Director Alb. Schumann. Push-Ball, amerikanisches Spardspiel, ausgeführt von 12 Amerikanern u. 10 Herren der Gesellschaft. L'écuyere lumineuse. In Feuer und Plamen, ausgeführt von Fr. Dora Schumann. Ein und von ihm vollständig neuen musikalischen Akt. — Zum Schluss:  
Mephisto  
ca. 500 Ritornelle. 2 Musikcorps.  
Große Ausstattungs-Pantomime vom Hofballmeister A. Siems.  
Morgen Donnerstag, den 6. März, abends präcise 7 1/2 Uhr: Elito-Abend mit grandem Programm und Auftritten der oben angeführten Spezialitäten.

### Cirkus Busch

Mittwoch, 5. März, abends 7 1/2 Uhr:  
Gr. Vorstellung. Klondike, Original-Pantomime des Cirkus Busch und die neu engagierten Spezialitäten.

### Indische Menagerie

im Exerzierhaus (am Prenzlauer Thor)  
Lehringstr. 1-7.  
Täglich 3 große Vorstellungen. 4, 6 und 8 1/2 Uhr. Dressur mit Löwen, Tigern, Wölfen u. Hyänen, sowie Löwen-Ringkampf und Fütterung um 4 u. 8 1/2 Uhr.  
Entree: I. Platz 1 M., II. Pl. 50 Pf., III. Pl. 25 Pf., Kinder unter 10 Jahren und Militär ohne Charge zahlen auf I. u. 2. Pl. die Hälfte, dem 3. Pl. 15 Pf.  
Die Direktion: Frossen.

### Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3.  
Orchest. Vergnügungsalokal Berlins  
Specialitäten-Vorstellung  
Tägl. Anstich des „Urbock“  
Bockbier-Jubel u. Trubel.  
Ausschank:  
Berliner Bock-Bräuerei.  
Bürgerl. Diner, 5 Gänge.  
Tägl. Matinee von 12-2 Uhr.

### Filzhüte für Herren

neue Form, 1.50 und 2.00, hochfeine Qualität 2.50-3.50, Arbeitshüte 1.00  
im Hut-Engros-Lager  
Rene Königsstr. 45, I. (nahe Alexanderplatz (fr. Prenzlauerstr. 30))

### Wir bringen hierdurch 3

Ordentliche General-Versammlung  
am Sonntag, den 16. März 1902  
vorm. 9 Uhr  
in unserem Geschäftlokal  
Grüner Weg 56, Fabrik-Gebäude parterre, Postfundst.  
Tagesordnung:  
1. Vorlage des Jahresabschlusses.  
2. Neuwahl des Vorstandes und Aufsichtsrates. 9496  
3. Geschäftliches.  
Um pünktliches Erscheinen ersucht  
Der Vorstand  
Genossenschafts-Tischlerei Ostend  
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung)  
Paul Lehmann, F. Bernide, Geschäftsführer. Kassierer.

### Möbel

Spiegel u. Polsterwaren  
reell zu soliden Preisen, empfiehlt  
H. Strelow, Tischlermeister,  
Rixdorf, Richardstr. 116,  
am Denkmal.

### Steppdecken

kauft man am besten und billigsten  
nur direkt in der Fabrik  
B. Strohmandel, Berlin S.  
72, Wallstr. 72, Rosstrasse,  
wo auch alle Decken aufgearbeitet werden. 34062\*

### Teilzahlung

monatlich 10 M. liefert elegante Herren-Garderobe  
nach Maß, auch bar Rasse allerbilligste Preise. Fert. Garbende stets vorräthig.  
Schneidemeister,  
Tomprowski, Neanderstr. 16. II.

### Anzüge nach Maß für Herren u. Knaben

Große Auswahl in in- und ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Feinleider u. werden unter Garantie des guten Erfolges zu überaus billigen Preisen schnellstens angefertigt im Taggeschäft bei A. Karle, Waldemarstr. 66.

### 30 Mark

hochfeine Sommerpaletots.  
30 Mark  
hochfeine Herrenanzüge.  
12 Mark hochfeine Feinleider, Herstellung nur nach Maß.  
Unter Stoff, tabelloser St. 3316L\*

14 Kranzenstraße 14,  
1 Tr., Tel.-Amt I Nr. 5798. 1 Tr.  
Dr. Schünemann,  
Spezialarzt für Haut-, Garm- und Frauenleiden. Seydelstr. 9.  
Sprechstunden: 1/2-1/2, 1/4-1/2



**Zu den Gemeindevahlen.**

**Steglich.** Die regelmäßige Versammlung des Wahlvereins findet am Mittwoch den 5. März cr. statt. Tagesordnung: Die bevorstehende Stichwahl zur Gemeindevertretung im zweiten Bezirk.

**Wilmerdorf.** Den Parteigenossen zur Nachricht, daß am Sonntag, den 9. März, zu den Gemeindevahlen eine Volksversammlung stattfindet, in welcher Reichstags-Abgeordneter Ledebour über die bevorstehende Wahl sprechen wird. Aus diesem Grunde fällt die am Mittwoch, den 5. März, tagende regelmäßige Vereinsversammlung aus.

**Ober-Schöneweide.** Die Agitation für die Gemeindevahl setzte mit einer öffentlichen Wählerversammlung ein, in welcher Genosse Jubel zunächst über die Errichtung eines Gewerbegerichts, sodann über die Aufgaben der Gemeindevertretung referierte. Dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine rege Diskussion. Genosse Johnson geistelte das Verhalten der hiesigen Klein- und Gewerbebetreibenden, welche sich gegen Errichtung eines Gewerbegerichts ausgesprochen haben. Einer der zahlreich anwesenden Handwerker führte bewegte Klage über die schlechte Lage seiner Berufsangehörigen. Genosse Jubel erwiderte dem Herrn treffend, daß seinesgleichen sich dafür bei denen bedanken müßten, welche in so unerhörter Weise Grundstücks- und Wohnungswucher treiben. — Als Kandidat für die am Freitag, den 7. März, von 2-7 Uhr, in der Schulaula stattfindende Vertreterwahl wurde von unserer Seite der Badeanstalts-Verfasser Herr Lange aufgestellt.

**Friedrichsfelde.** Der Kompromiß im bürgerlichen Lager ist geschlossen. Politische Gegner giebt es dort nicht; Gegenläge bestanden nur zwischen dem Friedrichsfelder und dem Carlshorster Ortsteil. Vor vier Wochen noch die ärgsten Feinde, liegen die guten Leute aus Angst vor der Sozialdemokratie sich jetzt in den Armen; die Mandate sind verteilt worden, jede „Partei“ erhält die Hälfte. Aufgabe der Arbeiter muß es nun sein, dem gemeinsamen Ansturm zu begegnen. Wir haben 1850 Wähler in der 3. Klasse, größtenteils Arbeiter, und da muß nach einer tüchtigen Agitation und der Sieg zufließen. Gerüchweise verlautet, daß die Wahlen für die 3. Klasse am 20. und 21. März erfolgen sollen.

**Brig.** Die Ergänzungswahlen zur hiesigen Gemeindevertretung sind auf Dienstag den 11. März festgesetzt und finden in Bethes Lokal, Chausseestr. 39, für die dritte Klasse von 1-5 Uhr, für die zweite Klasse von 5-6 und hierauf für die erste Klasse statt. Es sind in jeder Klasse zwei Vertreter zu wählen, wovon je einer Hausbesitzer sein muß. Für unsere Partei kommt diesmal nicht allein die dritte, sondern auch die zweite Klasse in Betracht. Die Kandidaten werden in einer am Montag, den 10. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Bethes stattfindenden öffentlichen Wählerversammlung aufgestellt, in welcher voraussichtlich Reichstags-Abgeordneter Fritz Jubel sprechen wird.

**Bergfelde.** Auch hier haben die Parteigenossen beschlossen, sich an den Gemeindevahlen zu beteiligen. Nach einem mit Beifall aufgenommenen Vortrag des Gemeindevorsetzers O. Grauer-Richtenberg wurde der Genosse O. Schröbter gegen eine geringe Minderheit, die die bürgerlichen Elemente unter Führung des Amts- und Gemeindevorsetzers stellten, als Kandidat aufgestellt. Der Versammlungsbesuch sowie die Begeisterung der Parteigenossen läßt einen guten Erfolg erhoffen.

**Die Gemeindevorwahlen in Lantow.** die am Montag stattfanden, haben unserer Partei trotz erheblicher Stimmenzunahme noch keinen Sieg gebracht. Genosse Kerstin erhielt 88 Stimmen, der bürgerliche Kandidat Rentier Tromm 106. Die Wahlbeteiligung betrug 50 Prozent. Vor zwei Jahren erhielt der sozialistische Kandidat 48, der bürgerliche 96 Stimmen. Den Lantowier Genossen wird dieser Mißerfolg ein weiterer Ansporn zu erhöhter Agitations- und Aufklärungstätigkeit sein.

**Lokales.**

**Der Sinn der Führerverordnung.**

ist unausbleiblich, wenn die Polizeiverordnung, welche die Anbringung von Bremsen und festen Aufsicherungen an allen Führern verlangt, zum 1. April dieses Jahres in Kraft tritt. So ungefähr stellt es die Führer- und Führerinnen in ihren Eingaben dar, durch welche sie das Inkrafttreten der genannten Verordnung hinauszuverschieben demüht ist. Fünf Jahre wollen die Führerinnen Zeit haben, um diese im Interesse der Verkehrssicherheit gebotene Vorrichtung einzuführen. Da sich die Behörden nicht bereit finden lassen, dem Wunsch der Führerinnen so weit entgegenzukommen, so hat sich die Führerinnen-Genossenschaft mit einem Immediatgesuch an — den Kaiser gewandt, den sie unter Hinweis auf die Königstreue Gesinnung der Berliner Führerinnen um die Erfüllung ihres Wunsches anbittet. Der Stil der im „Führeralter“ veröffentlichten Eingabe ist dergestalt, daß man annehmen könnte, der Verfasser sei bei dem Adressatenverfertiger unseres Magistrate in die Lehre gegangen. Hier nur die Einleitungs- und Schlusssätze als Probe:

„Die allgemein anerkannte edle Gesinnung und das gefühlvolle, gute Herz, womit Ew. kaiserlich königliche Majestät keine höhere Freude empfinden, als allerhöchst dero Unterthanen in ihrer Bedrängnis zu helfen, mögen uns entschuldigen, wenn wir es wagen, an Ew. Majestät uns namens des Führerinnenstandes mit einer allerunterthänigsten Bitte zu wenden“ usw.

„Es bleibt uns nun nichts weiter übrig, als uns in unserem großen Notstand (1) Hilfe suchend dem Thron so nahen und glauben wir, daß Ew. kaiserlich königliche Majestät durch die Erfüllung unseres allerunterthänigsten Gesuches auch dem Führerinnenstande die Hoffnung geben wird, daß die Morgenröte einer besseren Zukunft anbricht (2) und Ew. kaiserlich königlichen Majestät Guld auch uns nicht verlagst ist.“

Wehr noch wie der überbyzantinische Stil des Gesuches fällt uns ein darin erwähnender Hinweis auf, der eine nähere Beleuchtung verdient. Es wird darauf hingewiesen, daß auch die Führerinnen-Genossenschaft, Sektion 4, in demselben Sinne wie die Führerinnen-Genossenschaft bei den Behörden vorkommen ist. — Man bedenke: Es gehört zu den Aufgaben der Berufsangehörigen, Unfallsverhältnisse-Schriftstücke zu erstellen. Sie müßte also, wenn sie ihre Aufgabe richtig erfüllen würde, diese Polizeiverordnung mit Freuden begrüßen, da die Verordnung nicht nur der Sicherheit des Straßenverkehrs dient, sondern auch die Unfallsgefahr der Wagenführer herabmindert, denn das Fehlen von Bremsen und festen Aufsicherungen bei den Wagenführern ist schon oft die Ursache von Unfällen gewesen. Aber die Berufsangehörigen, deren Vorkommender gleichzeitig den Vorkommender Führerinnen-Genossenschaft führt, fühlt sich so sehr als Vertreterin der geschäftlichen Interessen der Führerinnen, daß sie eine notorische Unfallsgefahr noch lange Zeit bestehen lassen will, weil die Befreiung der Ursachen dieser Gefahr den Führerinnen eine einmalige Geldausgabe verursacht, die durchaus nicht erheblich ist.

So lange in den Berufsangehörigen die Unternehmer allein zu bestimmen haben, werden diese Organisationen auch bereit sein zu einseitiger Vertretung der Unternehmerinteressen. Eine Befreiung ist nicht zu erwarten, wenn auch den Arbeiter in den Berufsangehörigen eine Vertretung eingeräumt wird.

**Zur Lokalliste.** Am Sonnabend, den 8. März, veranstaltet der Gefangenenverein „Kreuziger Männerchor“ in den Concordia-Besälen, Andreasstraße, eine Festlichkeit. Da dieses Lokal der

Arbeiterchaft nicht zu Versammlungen etc. zur Verfügung steht, so weise man die angebotenen Bilets zurück und melde strengstens dieses Vergnügen.

**Phantastische Verkehrspläne.** Die Ueberführung der städtischen Straßenbahnen über die Straße Unter den Linden zur Verbindung der beiden Linien Treptow-Wehrenstraße und Mittelstraße—Pankow beschäftigt die Verkehrsdeputation unausgesetzt. Stadtbaurat Krause hat der Deputation einen neuen Plan vorgelegt, der auf einer Listanlage basiert. Der Entwurf sieht zunächst den Anlauf von 4 großen Grundstücken, Mittelstr. 84, Unter den Linden 66, Wehrenstr. 64/65, Kleine Mauerstr. 1/3 und 4/5 sowie Unter den Linden 9 vor. Ein rampenartiger Tunnel soll diese Grundstücke unter der Straße Unter den Linden hindurch mit einander verbinden. Die Straßenbahnwagen sollen mit einer doppelten Listanlage gefahren und gehoben werden. Die Kosten dieser komplizierten Anlage sind auf 3000000-Mark veranschlagt, vorausgesetzt, daß die Restgrundstücke wieder gut verkauft werden. Die Mitglieder lebten indes diesen Plan mit Rücksicht auf die Umständlichkeit der ganzen Anlage, die vielfachen Reparaturen und dadurch jährlichen Betriebsstörungen ausgelegt sein würde, ab. Ein anderer Vorschlag, die Bahn im Zuge der Charlottenstraße in einen Tunnel unter der Straße Unter den Linden hinwegzuführen, erscheint ebenfalls sehr schwer ausführbar. Die Treptower Linie müßte zunächst bis zur Charlottenstraße weitergeführt werden, was wegen der Ueberlastung der Wehrenstraße nicht ohne Schwierigkeiten ist und dann würde die Charlottenstraße für die geplante städtische Unterflasterbahn verbaut sein. Sehr schwierig würden sich bei diesem Plan die Ein- und Ausfahrt gestalten, besonders mit Rücksicht auf den übrigen Straßenverkehr. Andre Pläne, die ebenfalls auf Stampen- und Tunnelanlagen sich gründen, sollen noch erwogen werden, voraussichtlich mit demselben Ergebnis wie bisher. Die Verkehrsdeputation war der Ansicht, daß zunächst vom Polizeipräsidium und dem Ministerium der öffentlichen Bauten eine endgültige Genehmigung der von der Stadt geplanten Unterflasterbahnen erstellt werden müsse, bevor neuen Plänen zugestimmt werden könne, die leicht abermals scheitern könnten.

**Der Staatsanschuh der Stadtverordneten-Versammlung,** dem die Genossen Vorkmann, Bruns und Dr. Freudenberg angehören, hat in seiner ersten, am Montag abgehaltenen Sitzung die Stabs für Grundstücke der Stadt ohne wesentliche Debatte nach dem Vorschlage genehmigt. Lebhafter wurden die Verhandlungen bei den Stabs der Krankenhäuser, zu denen von den sozialdemokratischen Mitgliedern eine Resolution beantragt war, durch welche der Magistrat ersucht werden sollte, die Lohn- und Arbeitsbedingungen des Wartepersonals (Wärter, Wärterinnen, Schwestern) in den städtischen Krankenhäusern so zu regeln, daß die tägliche Dienstzeit nicht über zehn Stunden, der tägliche Lohn (einschließlich Verpflegung) nicht unter 3,50 M. betrage. Trotzdem auch von freisinniger Seite zugegeben wurde, daß das Wartepersonal durchaus nicht den Ansprüchen genügt, die eine gute Verwaltung stellen muß, wurde die Resolution doch mit allen gegen die drei sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt, weil das Wartepersonal, das nach Ansicht der freisinnigen Herren zum Teil aus „verlorenen Existenzen“ besteht, ausreichend besoldet werde. Auch die 13-14stündige Dienstzeit ist, wie der Magistratsvertreter ausführte, nicht von großer Bedeutung, da die Wärter während dieser Zeit nicht dauernd zu arbeiten brauchen, sondern in der Dienstzeit auch Gelegenheit nehmen, in den wohlgepflegten Gärten der Anstalten spazieren zu gehen.

Bei den Stabs der Irrenanstalten wies der Stadtvorkmann darauf hin, daß im Vorschlage bereits 1002 Kranke in Privat-Irrenanstalten untergebracht werden müßten, weil sie in städtischen Anstalten keinen Platz mehr finden, trotzdem die Regierung darauf dränge, daß die Stadt alle Kranke in eigenen Anstalten verpflegen solle. Die neue Anstalt in Buch wird in drei Jahren der Benutzung übergeben werden. Da sie aber nur für 1500 Kranke errichtet ist, so wäre schon jetzt diese Anstalt überfüllt. Der Magistrat müsse, so führte Vorkmann aus, also schleunigst die Errichtung einer weiteren Anstalt ins Auge fassen. Der Magistratsvertreter gab zu, daß ein Notstand vorhanden ist und versicherte, daß der Magistrat die Gelegenheit verfolge. Stadtvorkmann Dr. Freudenberg regte die Errichtung und Einrichtung einer städtischen Nerven-Heilanstalt an und beauftragte die Verhandlung der Altkolonier in besonderen städtischen Anstalten. Ein Johann von Dr. Freudenberg eingereicherter Antrag, die Gehaltsätze der Assistenzärzte an den Irrenanstalten zu erhöhen, wurde ebenfalls gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt.

**Der Magistrat hat beschlossen,** dem „Centralverein für Arbeitssachverständige“ jährlich 10000 M. gegen die Verpflichtung des Vereins für die Dauer des Zuschusses für den Zutritt in seine Räume und den Arbeitsnachweis keine höhere Gebühr als 20 Pf. für die Person zu erheben, zu bewilligen. Dem Verein für Kinderheilstätten an den deutschen Seefläken“ jährlich 10000 M. gegen Uebernahme der Verpflichtung, alljährlich 50 Kranke, vom Magistrat ausgewählte Kinder in den ihm gehörigen Seehospizien losensfrei auf 6 Wochen zu verpflegen, ärztlich behandeln und losensfrei hin und zurück befördern zu lassen.

**Ausländischen Vereinen und Instituten** beabsichtigt der Magistrat mit Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung jährliche Beihilfen zu gewähren. Es sollen berücksichtigt werden: das „Deutsche Erziehungsheim in Wien“, der „Deutsche Hilfsverein in Paris“, der „Deutsche Hilfsverein in Wien“, das „Deutsche Hospital (Gorman Hospital, Dalston) zu London“, die „Freunden-Hilfs-Gesellschaft (Society of Friends of Foreigners in Distress) zu London“, das „Pariser Doppelheim für deutsche Erziehungs- und deutsche Mädchen“ und der „Verein der deutschen Reichsangehörigen zur Unterstützung hilfsbedürftiger Landsleute in Warschau“ mit je 1000 Mark, der „Hilfsverein deutscher Reichsangehörigen zu Prag“, der „Verein deutscher Lehrerinnen in England zu London“, der „Verein deutscher Lehrerinnen in Paris“ mit je 600 M., der „Deutsche Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit“ mit 200 M., das „Dr. Hoff-Rinderheim“ in Westerland-Exlt für Aufnahme kranker vom Magistrat auszuwählender Kinder mit 600 M. und das „Germanische National-Museum zu Nürnberg“ mit 1200 M.

**Die Verpachtung der Wirtschaft** auf dem städtischen Viechhof sollte, wie erinnerlich, an Herrn Lude den Jüngeren erfolgen, obgleich ein um 8000 M. höheres Gebot vorlag. Die Stadtverordneten-Versammlung hatte diesen Kaufantrag aber abgelehnt und die Verträge zurückverwiesen. Inzwischen ist der Stadtvorkmann Helmmann aus dem Anschuh ausgeschieden. Von ihm war mit gutem Grund in der Versammlung berichtet worden, daß er zu Gunsten Ludes den Ausschlag gegeben habe. Der Ausschuh hat jetzt in erster Beratung einen Antrag, ein nochmaliges Ausschreiben zu erlassen, abgelehnt, und mit 8 gegen 8 Stimmen beschlossen, den Magistratsantrag anzunehmen, also Herrn Lude den Jüngeren die Pacht zu übertragen. Der Beschuh dürfte wiederum in der Stadtverordneten-Versammlung zu lebhaften Auseinandersetzungen führen.

**Am 3. April** beginnt ein neuer Vorbereitungsstufus für die Prüfung als Heilgehilfe, Masseur und Badehelfer. Er wird wie immer im königlichen Polizeipräsidium abgehalten. Meldungen sind anzubringen bei dem königlichen Kreisarzt Herrn Geheimen Medizinalrat Dr. Granier, Wallstr. 8, in den Sprechstunden 8-9 Uhr vormittags und 5-6 Uhr nachmittags, außer Donnerstagsnachmittags.

**Ein Treppeneinsturz.** Man schreibt uns von gewerkschaftlicher Seite: Am Freitag voriger Woche, abends kurz nach 8 Uhr, ver-

unglückte, wie uns nachträglich gemeldet wird, auf dem Bau Hochstraße 20a, der vom Baugeschäft Ernst Meyer aufgeführt wird, ein Arbeiter Wilhelm Schulz. Er mußte mittels klappigen Krankentragens nach der Infallstation in der Badstraße und von da nach einem Krankenhause gebracht werden, wo er hoffnungslos darniederliegt. Der Unfall war die Folge eines Treppeneinsturzes. Auf diesem Bau führt die Firma Czornikow u. Comp. alle Wölbungen aus und zwar durch ein neu patentiertes und baulich genehmigtes Deckensystem. Es ist dies eine Mischung von Cement, Sand und Coalsasche, welche auf die schichtrecht eingeschaltete Decke ca. 10-13 Centimeter hoch geschüttet und eingestampft wird. In Zwischenräumen von circa 5 Centimeter werden 3 Centimeter breite und 1 Millimeter starke Bandsteyn in die Mischung eingelegt. Nach die Treppenläufe und Podeste werden aus dem Moniersystem hergestellt. Die Treppenläufe werden um ca. 3-5 Centimeter verstäkt.

In diesem Bau waren nun zwei solcher Treppen. Die eine Treppe war vollständig fertig und an der zweiten Treppe arbeitete noch ein Maurer an der sogenannten Aufstufung in der letzten Etage. Schon gegen 5 Uhr stürzten an der einen Treppe zwei Treppenläufe ein, ohne sichtlich irgend jemand zu verletzen. Kurze Zeit darauf betrat ein bei den Plattenelegern beschäftigter Arbeiter die zweite Treppe mit einer Last Gipsplatten. Unter heftigem Gepolter stürzte auch diese Treppe ein, den Arbeiter mit seiner Last unter sich begräbend. Wir legen uns nun die Frage vor, wie eine schon fünf Wochen fertige Cimenttreppe, in welcher Zeit doch gewiß die Cementmischung abgedunsten haben mußte, unter solch winzigen Last in sich zusammenbrechen konnte, wenn dieses System Anspruch an Haltbarkeit und Tragfähigkeit machen will. Wie wäre es gewesen, wenn die Treppe die geringe Last ausgehalten und später beim Transport von schweren Möbeln eingestürzt wäre? Welches Unheil wäre angerichtet worden, wenn das Haus schon bewohnt gewesen wäre! Wie jetzt noch zu sehen ist, sind auch die noch stehenden Treppenläufe nach unten gebogen; auch wurde infolge des Einsturzes von einem bei den Treppen beschäftigten Arbeiter mitgeteilt, daß davon gesprochen wurde, die noch stehenden Läufe zu belasten (das heißt zu prüfen) und sie, wenn möglich, stehen zu lassen. Wir halten es im öffentlichen Interesse für dringend nötig, daß ein System, welches so ungeheuren Schaden an Leben und Gesundheit der Allgemeinheit anrichten im Stande ist, so schnell wie möglich verboten wird.

**Die empörten Thoren.** Die Untersuchung gegen die verhaftete Anna Nothe und deren Impresario Jentsch wird von dem Staatsanwaltschaftsrat Friedheim und dem Landgerichtsrat Grunzig vom Landgericht geführt. Die Zahl der an die Untersuchungsbehörden gerichteten Anzeigen von Personen, die sich durch die betrügerischen Manipulationen des „Spirituosen-Paares“ als geschädigt bezeichnen, schwillt immer höher. Vielfach kommt in jenen Anzeigen die tiefste Empörung darüber zum Ausdruck, daß das Medium durch die Vorspiegelung, Blüthenkränze von verstorbenen Angehörigen den überlebenden Familienmitgliedern zu überbringen, die letzteren in ihren heiligsten Gefühlen verletzt habe. Fast durchweg wird in den Anzeigen darauf hingewiesen, daß der Glaube an das „Medium“ Nothe durch dessen Vorstellungen gestärkt und erst durch die Entlarvung erschüttert worden wäre. In einzelnen Fällen haben Geschädigte die Summen, die sie für eine Gastreise der Nothe an ihren Impresario gezahlt haben, auf 50 bis 60 M. beziffert. Da noch immer neue Vernehmungen Geschädigter stattfinden, dürfte der Prozeß gegen die Nothe und Jentsch einen großen Umfang annehmen.

**Mit Lysol vergiftet** hat sich am Montagabend die 17jährige Arbeiterin Louise Kozal in ihrer Schönhauser Allee 189a belegenen Wohnung. Das Mädchen arbeitete in einer Verbandstoff-Fabrik in der Hasserstraße, wobei es nicht ausbleiben konnte, daß die Gerüche der dort verwandten Säuren ihren Körper ansoforten und auf ihre Umgebung übertrugen wurden. Infolgedessen kam ihre Schwester, bei der sie wohnte, auf ihrer Arbeitsstelle in einer andern Fabrik in einen falschen Verdacht und sollte die Arbeit zu verlieren. Sie forderte deshalb die Louise auf, entweder die Arbeit in der Verbandstoff-Fabrik einzustellen oder sich eine neue Wohnung zu suchen. Da beschloß das Mädchen, in den Tod zu gehen. Als die Schwester Montagabend nach Hause kam, fand sie die Thür ihres gemeinsamen Plurzimmers verschlossen. Nachdem die Thüre gewaltsam geöffnet wurde, wurde die Louise schwer röchelnd, in ihrem Bette liegend, aufgefunden. Sie hatte von einer starken Lysolfüllung getrunken und wurde in hoffnungslosem Zustande nach dem Krankenhause gebracht.

**Von der Firma Siemens u. Halske** erhalten wir folgende Aufschrift: In Ihrer Sonnabend-Ausgabe Nr. 51 bringen Sie die Nachricht von dem ersten Betriebsunfall über die zwischen den Haltestellen Mödenerbrücke und Hallesches Thor in einem Motorwagen durchgedramte „Sicherheits-Vorrichtung“. Wir möchten hierzu ergebenst bemerken, daß es sich absolut nicht um einen Betriebsunfall, sondern um ein ziemlich selbstverständliches Vorkommnis, wie es in jedem elektrischen Betriebe eintritt und eintritt, handelt. Es ist nur die Schmelzsicherung zu einem Motor infolge starker Strombelastung durchgeschmolzen und war der Zug zufälligerweise von einem weniger geübten Jungfahrer bedient, der sich nicht gleich zu helfen wußte. Derselbe hätte, wenn er sich geschickter angestellt hätte, ohne weiteres mit dem Zug und ohne Aufenthalt weiter fahren können, da das Schmelzen einer dieser Sicherungen auf die Betriebsfähigkeit des Zuges ohne besondere Einwirkung ist. Wie der Name sagt, ist die Schmelzsicherung gerade für den Fall da — etwa wie bei Dampfesseln ein Sicherheitsventil — daß sie schmilzt, wenn in dem betreffenden Kerze der Strom — beim Dampfessel der Druck — zu hoch wird.

**In eine unangenehme Lage** sind mehrere Bädermeister durch die Unterschlagungen geraten, die der vor einigen Tagen verhaftete Quackhändler und Reisende Karl von Wobinski in Höhe von 30000 M. zum Schaden einer großen Heilbehandlung verübte. Sie fürchten, den bereits bezahlten Betrag ihrer Rechnungen noch einmal zahlen zu müssen. So hat ein Meister, der stets bar bezahlt, so oft er eine Rechnung erhielt, nachträglich eine Rechnung über 4000 Mark erhalten.

**Zwei Opfer der göttlichen Weltordnung.** In Welkenfer, Langhandstraße 151, wohnte ein Händler Trojar mit seiner Frau und zwei Kindern im Alter von 1 1/2 und 5 Jahren. Die Mutter arbeitet tagelöhner in einer Fabrik. Der Mann verließ gestern mittag die Wohnung, nachdem er die beiden Kinder in der Stube eingeschlossen hatte. Jedemfalls hat nun der ältere Knabe mit Streichbölgern gespielt, dabei das Sofa in Brand gesteckt und sich dann in eine Ecke gesüßet. Gegen Abend wurde von der Straße aus bemerkt, daß starker Rauch durch die Fenster drang. Zwei Gendarmen drangen in die Wohnung ein und zerstückelten die Fensterhebeln, um den Rauch Abzug zu verschaffen. Die Kinder waren aber bereits tot!

**Zu der Festnahme von Zwölfelieben** in Wien und Hannover werden noch einige Einzelheiten mitgeteilt. In der Nacht zum 17. v. M. stahlen Einbrecher dem Goldwaren-Händler W. A. Federt in der Großen Frankfurterstr. 125 für 50000 M. Waren, namentlich goldene Uhren. Auf die Spur der Diebe führten Vernehmungsgänge, die am Thotort gefunden wurden. Diese stammten aus der Werkstatt des Hausbesitzers Tischlermeister Gany. Es fiel nun auf, daß ein von seinen Eltern verlobter Sohn des Hauswirts Gany seit dem Einbruch aus Berlin verschwunden war. Die Vermutung, daß dieser verlorne Mensch seine Hand im Spiel habe, bestärkte sich. Die Kriminalpolizei setzte alle Behörden größerer Städte in Kenntnis, und so wurde der Diebesgenosse und Begleiter des Gany, der Tagelöhner Karl Breuner in Wien ergriffen, während es Gany selbst noch gelang, zu entkommen. Breuner „verpiff“ den dritten Ein-

